

Militär-geschichte

Zeitschrift für historische Bildung



Militär-geschichte im Bild: Bewegung »Kampf dem Atomtod« – Anti-Atomwaffen-Demonstration in München, 1958

- Die »Erfindung« des Guerillakrieges
- Die Bewachung der Bewacher
- Freiwilligenwerbung der Bundeswehr
- Sizilien 1943

Impressum

Militärgeschichte

Zeitschrift für historische Bildung

Herausgegeben

vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt
durch Oberst Dr. Hans Ehlert und
Oberst i.G. Dr. Hans-Hubertus Mack (V.i.S.d.P.)

Produktionsredakteur

der aktuellen Ausgabe:
Mag. phil. Michael Thomae

Redaktion:

Oberleutnant Julian-André Finke M.A. (jf)
Hauptmann Matthias Nicklaus M.A. (mn)
Oberstleutnant Dr. Harald Potempa (hp)
Hauptmann Klaus Storkmann M.A. (ks)
Mag. phil. Michael Thomae (mt)

Bildredaktion:

Dipl.-Phil. Marina Sandig

Redaktionsassistent:

Stefan Stahlberg, Cand. Phil. (sts)

Lektorat:

Dr. Aleksandar-S. Vuletić

Layout/Grafik:

Maurice Woynoski / Medienwerkstatt D. Lang

Karten:

Dipl.-Ing. Bernd Nogli

Anschrift der Redaktion:

Redaktion »Militärgeschichte«
Militärgeschichtliches Forschungsamt
Postfach 60 11 22, 14411 Potsdam
E-Mail: MGFARedaktionMilGeschichte@
bundeswehr.org
Telefax: 03 31 / 9 71 45 07
Homepage: www.mgfa.de

Manuskripte für die **Militärgeschichte** werden an diese Anschrift erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird nicht gehaftet. Durch Annahme eines Manuskriptes erwirkt der Herausgeber auch das Recht zur Veröffentlichung, Übersetzung usw. Honorarabrechnung erfolgt jeweils nach Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich Kürzungen eingereicherter Beiträge vor. Nachdrucke, auch auszugsweise, fotomechanische Wiedergabe und Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch die Redaktion und mit Quellenangaben erlaubt. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Vervielfältigungen auf CD-ROM. Die Redaktion hat keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte derjenigen Seiten, auf die in dieser Zeitschrift durch Angabe eines Link verwiesen wird. Deshalb übernimmt die Redaktion keine Verantwortung für die Inhalte aller durch Angabe einer Linkadresse in dieser Zeitschrift genannten Seiten und deren Unterseiten. Dieses gilt für alle ausgewählten und angebotenen Links und für alle Seiteninhalte, zu denen Links oder Banner führen.

© 2008 für alle Beiträge beim
Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA)
Sollten nicht in allen Fällen die Rechteinhaber ermittelt worden sein, bitten wir ggf. um Mitteilung.

Druck:

SKN Druck und Verlag GmbH & Co., Norden

ISSN 0940-4163

Editorial



Leser, lieber Leser,

kann Kunst – Musik, Literatur, Theater, bildende Kunst – die gesellschaftlichen Verhältnisse heutzutage verändern? Neil Young, Rock-Urgestein, verneinte dies in einem Interview anlässlich der Vorstellung seines aktuellen Films auf der Berlinale im Februar 2008. »Die Zeiten, in denen Musik etwas ändern konnte, sind vorbei. Kein Song der Welt hat irgendeinen Einfluss auf Politik«. In dem Film über seine Band kritisiert Neil Young auch die amerikanische Regierung und den Krieg im Irak. Er präsentiert seine Sicht der Dinge: »Hoffentlich bringt das die Zuseher zum Nachdenken«, so Young.

Kunst stellt Dinge dar – oft genug beschönigend oder verzerrend –, sie stellt fest, sie irritiert, mahnt, protestiert, fordert heraus oder klagt an. Kunst ist Begleiter der Zeitläufte, manchmal, in diktatorischen Systemen, auch auf Kosten der künstlerischen Freiheit, der moralischen Würde und der persönlichen Integrität. Zweifellos aber erreicht Kunst, das zahlreiche Menschheitsleid der »Anonymität der Desaster« (Werner Spies) vergangener Jahrhunderte zu entreißen. Auf wohl einzigartige Weise ist das dem spanischen Maler Francisco de Goya gelungen, der Anfang des 19. Jahrhunderts die Schrecken des Spanischen Unabhängigkeitskrieges (1808 bis 1813) auf Papier und Leinwand bannte. Eines seiner bekanntesten Gemälde heißt »Dos de Mayo«. Gemeint ist der 2. Mai 1808, der Tag, an dem der Ausbruch dieses Krieges datiert, der auch ein Guerillakrieg war, wie ihn Europa in dieser Hefigkeit erst im 20. Jahrhundert wieder erlebte. Martin Rink erzählt im ersten Beitrag zunächst die Vorgeschichte dieses »Bürgerkrieges«, um dann vor dem Hintergrund der Ereignisse des Jahres 1808 in Spanien und Europa dessen Charakteristikum herauszustellen: die Verbindung des »kleinen Krieges« (spanisch »guerilla«) mit einer bis dahin unbekanntenen Konzeption des »Volkskrieges«.

In einem weiteren Beitrag legt Thorsten Loch dar, wie sich in der Bundeswehr eine Werbelinie mit dem Ziel entwickelte, qualifizierte Freiwillige für den Beruf des Soldaten zu gewinnen. Über die Grenzsoldaten der DDR und deren »Infiltrierung« durch die Staatssicherheit der DDR in den späten 1980er Jahren informiert Jochen Maurer. Schließlich beschreibt Gerhard Schreiber die bis dahin größte amphibische Operation im Zweiten Weltkrieg: die alliierte Landung in Sizilien im Juli 1943, welche die Invasion von Italien vorbereitete.

Mit Herrn Hauptmann Magnus Pahl M.A. begrüßt die Redaktion schließlich ein neues Mitglied. Herr Pahl verstärkt das Team »**Militärgeschichte**« seit März 2008.

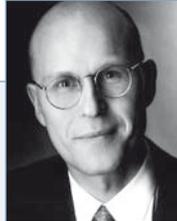
Eine gewinnbringende Lektüre des vorliegenden Heftes wünscht Ihnen

Ihr Michael Thomae

Die »Erfindung« des Guerillakrieges. Der »Dos de Mayo« 1808 – Auftakt zum Spanischen Unabhängigkeitskrieg

4

Dr. **Martin Rink**, geboren 1966 in Kaufbeuren/Allgäu, Oberstleutnant d.R., Historiker



Die Bewachung der Bewacher. Die Arbeitsweise der Staatssicherheit in den Grenztruppen der DDR

10

Oberleutnant **Jochen Maurer** M.A., geboren 1978 in Herne, ABCSE-Offizier und Umweltschutzberater im Landeskommmando Brandenburg, Historiker



Die Freiwilligenwerbung der Bundeswehr 1956 bis 1989/90

14

Hauptmann Dr. **Thorsten Loch**, geboren 1975 in Andernach, Kompaniechef 8./Wachbataillon beim Bundesministerium der Verteidigung, Berlin



Der Angriff auf die »Festung Europa«: Sizilien 1943

18

Dr. **Gerhard Schreiber**, geboren 1940 in Tepl (Teplá/Tschechien), Fregattenkapitän a.D., Historiker



Service

Das historische Stichwort: Ermächtigungsgesetz 1933	22
Medien online/digital	24
Lesetipp	26
Ausstellungen	28
Geschichte kompakt	30

Militärgeschichte im Bild

Bewegung »Kampf dem Atomtod«	31
------------------------------	----



Demonstration auf dem Münchner Königsplatz gegen die geplante atomare Bewaffnung der Bundeswehr, 1958. Süddeutsche Zeitung Photo / Strobel

Herkunftsnachweis für Bild auf Seite 30: ullstein bild.

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: Oberstleutnant d.R. Dr. Klaus-Jürgen Bremm, Lehrbeauftragter für Neuere Geschichte an der Universität Osnabrück; Oberst Dr. Winfried Heinemann, MGFA; Oberstleutnant Dr. Matthias Rogg, MGFA; Carmen Winkel M.A., Universität Potsdam, Historisches Institut.

Der »Dos de Mayo« 1808 – Auftakt zum Spanischen Unabhängigkeitskrieg



▲ Francisco de Goya (1746–1828), El tres de Mayo, Madrid, Prado-Museum.

Der »Guerillero« ist ein schillernder Begriff, bis heute. Seit nunmehr 200 Jahren erfreut er sich einer fast mythischen Verklärung, und durch das allgegenwärtige Konterfei Ernesto Che Guevaras auf Postern und T-Shirts bleibt er Teil unserer Alltagskultur.

Guerilleros und Vaterlandsverteidiger

Der Ursprung dieser Figur führt zurück in den Spanischen Unabhängigkeitskrieg, der von Mai 1808 bis Ende 1813 auf der Iberischen Halbinsel tobte. Charakteristisch für diesen Krieg war die Verbindung des »kleinen Krieges« (spanisch »guerilla«) mit einer bis dahin unbekanntenen Konzeption des Volkskrieges. Der spanische Guerillero

Die »Erfindung« des Guerillakrieges

avancierte zum Sinnbild des Volkskriegers. Das strahlte aus auf die Ereignisse, die in Mitteleuropa im Jahr 1809 stattfanden und beflügelte letztlich die deutschen Befreiungskriege von 1813/14. Entsprechend oft wurde der spanische »Volkskrieg« von der Nachwelt als Anfang vom Ende der Napoleonischen Herrschaft über Europa gefeiert.

Dabei war der spanische »Volkskrieg« eine ambivalente Angelegenheit. Das »Volk« nahm am Krieg in höchst unterschiedlicher Weise teil; in erster Linie bestand die Bevölkerung

nicht aus heroischen Kämpfern, sondern aus Menschen, die vom Krieg heimgesucht wurden. Auch scheitert der Versuch, den Konflikt in eine Kategorie einzuordnen. Es handelte sich vielmehr um ein verwickeltes Geflecht verschiedener Konfliktarten: Als Gegner in einem Staatenkrieg standen sich eine Koalition aus Großbritannien, Portugal und des »patriotischen« Teils Spaniens einem spanischen König von Napoleons Gnaden gegenüber: Joseph Bonaparte, der von seinem ein Jahr jüngeren Bruder zur Herrschaft über das von politischen Wirren geschüttelte

Königreich gedrängt worden war. Dagegen richteten sich die Hoffnungen der Patrioten auf einen König im Exil: auf Ferdinand VII., »el deseado« – den »Ersehnten«. Damit gewann dieser Krieg den Charakter eines Bürgerkrieges. Denn es existierten auch inner-spanische Kräfte, die dem »eingedrungenen König« Gefolgschaft leisteten.

Zudem waren sich zwar die Gegner der Franzosen in ihrer Ablehnung der Eindringlinge einig; ansonsten aber existierte eine enorme Spannweite hinsichtlich ihrer Interessen und Ziele: Das Feld reichte von Konservativen, die ihre persönlichen, klerikalen, regionalen oder wirtschaftlichen Privilegien gegen das »moderne« Programm der Bonapartes verteidigten, bis zu Anhängern des aufgeklärten Absolutismus. Dies war ein »modernistischer« Regierungsstil, der in Spanien schon vor 1808 praktiziert worden war, sehr zum Verdruss der alten Eliten. Und trotz der breiten Koalition der Gegner der »Eindringlinge« war auch das vielbeschworene Volk nicht so patriotisch und waffenfroh, wie die spätere Legende zu berichten wusste. Wie schon vor dem Krieg blieb der Dienst in der regulären Armee verhasst, der Dienst in den Provinzialmilizen unattraktiv. Bei den Guerillaverbänden waren die



▲ Francisco de Goya, Selbstporträt 1815, Madrid, Prado-Museum.

Francisco de Goya (1746–1828)

Der Sohn eines verarmten Landadligen gilt bis heute als einer der wichtigsten und bekanntesten Maler Spaniens. Als erster Hofmaler des spanischen Königs Karl IV. porträtierte er nicht nur die königliche Familie, sondern setzte sich auch intensiv mit den politischen und sozialen Problemen seiner Zeit auseinander.

Seine Bilder zum spanischen Guerillakrieg gegen die französischen Besatzer gelten als die eindringlichste Schilderung dieses bis dato in seiner Grausamkeit beispiellos geführten Unabhängigkeitskrieges. Die intensive Abbildung der Gewalt und der menschlichen Psyche, die besonders in der Radierfolge »Desastres de la Guerra« (geschaffen 1810–1820) zum Ausdruck kommt, machten Goya zum Wegbereiter der Moderne.

Carmen Winkel

Aktionen von »Bauern und Banden« oft kaum von denen eines mehr oder weniger »organisierten Verbrechertums« zu unterscheiden. Diese unscharfe Grenze zwischen innerer und äußerer Auseinandersetzung, zwischen regulärem Krieg und irregulärem Kampf ist ein Wesensmerkmal der Guerilla. Das alles verstärkte den Zusammenbruch der Staatsgewalt ab 1808. Es bildeten sich ganze »Zonen verdünnter Herrschaft«, wie man es heute nennen würde. Zwischen diesen Zonen tobte der Krieg.

Das Füllen des Pulverfasses

Somit war es eine extrem heterogene Koalition der Gegner Napoleons, die sich ab dem 2. Mai 1808, dem »Dos de Mayo«, formierte. An diesem Tag entluden sich die Spannungen in Madrid. Es folgten Ausschreitungen gegen die Truppen des französischen Kaiserreichs, mit dem das Land doch formal verbündet war. Was war passiert?

Dem »Volksaufstand« gegen die Fremden war ein »Volksaufstand« gegen das alte Regime vorausgegangen. Von der Krone und ihren Beamten verfochtene Modernisierungsmaßnahmen hatten im späten 18. Jahrhundert gesellschaftliche und politische Konflikte erzeugt, die ab 1808 mit aller Gewalt ausbrachen. Dahinter stand die Unzufriedenheit mit der Regierung des lei-

tenden Ministers und Favoriten des Königspaares, Manuel de Godoy. Sein extravaganter Lebensstil machte ihn beim Volk verhasst. Godoys absolutistischer Regierungsstil gefährdete die Vorrechte der alten Eliten: Zentralisierung und Rationalisierung der Verwaltung, Verstaatlichung des umfangreichen Kirchenbesitzes, Umschichtung der Herrschafts- und Besitzverhältnisse auf dem Land und – nicht zuletzt – Zugang für neue Schichten zu Chancen, Ämtern, »Fleischtöpfen«. All das stellte althergebrachte Rechte von Adel, Kirche und Besitzenden in Frage wie auch Sonderrechte von Städten oder ganzen Landschaften. Der Konflikt um die »Modernisierung« gehört zur Vorgeschichte des Spanischen Unabhängigkeitskrieges.

Außenpolitisch knüpfte sich an die Person Godoys das Bündnis mit Frankreich. Der französisch-spanische Krieg gegen Großbritannien führte am 21. Oktober 1805 zum Desaster von Trafalgar, dem Untergang der französischen und spanischen Flotte. Die britische Flotte gefährdete nun den Kolonialhandel und damit lebenswichtige Einnahmequellen aus dem riesigen spanisch-amerikanischen Kolonialreich. Bald sollte der Überseehandel zusammenbrechen, so wie später die spanische Herrschaft in Amerika insgesamt.

Trotz Trafalgar eilte Napoleon auf dem europäischen Kontinent nun von



▲ Francisco de Goya, König Ferdinand VII., Madrid, Prado-Museum.



▲ Francisco de Goya, Desastres de la guerra, Blatt Nr. 3, Radierung, Madrid, Nationalbibliothek.

Sieg zu Sieg: Im Feldzug von 1805 wurden bei Ulm die Österreicher und bei Austerlitz wenig später die vereinigten österreichisch-russischen Truppen vernichtend geschlagen. Ein Jahr später scheiterte die Schaukelpolitik Preußens in der Niederlage von Jena und Auerstedt.

Nun konnte der Kaiser der Franzosen daran gehen, seinen Herrschaftsraum wirtschaftlich zu stabilisieren: Am 21. November 1806 verkündete er in Berlin die Kontinentalsperre, eine Wirtschaftsblockade über die britischen Inseln, die bis 1814 in Kraft blieb, und die auch elementare Belange Spaniens betraf. Dieses blieb weiterhin außenpolitischer Partner Frankreichs. Zur Durchsetzung der Kontinentalsperre und um britische Blockadebrecher sowie Landungskorps abzuwehren, ließ Napoleon 1807 mit spanischen und französischen Truppen Portugal besetzen. In letzter Minute floh das portugiesische Königspaar in seine Kolonie Brasilien. Ende Februar 1808 wurden die französischen Truppen auf der Iberischen Halbinsel auf 65 000 Mann verstärkt, angeblich zum Küstenschutz. Als das spanische Königspaar sich im März 1808 anschickte, ein ähnliches Ausweichmanöver vorzubereiten wie seine portugiesischen Vettern,

regte sich am 17. März in ihrer Residenz Aranjuez der Volkszorn. Nur der beliebte Thronfolger (der Infant) – ein Gegner Godoys – war in der Lage, die aufgebrachte Menge zu beruhigen. So stand er an der Spitze der Bewegung; der Riss durchs Königshaus war manifest. Seine Eltern sahen sich am 19. März gezwungen abzudanken und der Infant bestieg als Ferdinand VII. den Thron. Viele Hoffnungen richteten sich auf den jungen Monarchen, viele ganz zu Unrecht. Der innerspanische Machtkampf bot Napoleon Anlass, sich in die Geschicke des unsicheren Verbündeten einzumischen. Er zwang den jungen König, zugunsten seines Vaters abzudanken. Dieser wiederum hatte zuvor zugestimmt, seine Rechte auf den Thron an Joseph Bonaparte abzutreten. Von all dem wusste man in Spanien nichts. Umso mehr kursierten Gerüchte.

Der Volksaufstand vom 2. Mai

Marschall Joachim Murat, Schwager Napoleons und von Herkunft und Charakter ein ungestümer Kavallerieführer, befahl die französischen Truppen auf der Iberischen Halbinsel, als der Aufstand losbrach. Auslöser

waren Vorbereitungen für die Abreise der Mitglieder des spanischen Königshauses nach Frankreich. Am 2. Mai 1808 hatte sich eine große Volksmenge vor dem königlichen Palast versammelt. Schon vorher war es vereinzelt zu Unruhen gekommen; nun gerieten die Emotionen der Menge in Wallung. Murat entschloss sich zum Handeln und ließ Verbände der Kaiserlichen Garde aufmarschieren. Bald lagen zehn Spanier tot oder verwundet auf dem Pflaster. Die Menge wurde auseinandergetrieben, doch in Madrid herrschte von nun an der Ausnahmezustand: Männer und auch Frauen griffen französische Soldaten an. Berühmt ist das Gemälde »El dos de mayo«, das Francisco de Goya 1814 anfertigte. Durch Goyas Bild blieb der Volkskrieg im kollektiven Gedächtnis: spanische Männer, die mit Messern und Gewehren auf die französischen Soldaten und die von Napoleon während des Ägyptenfeldzuges 1798 rekrutierten Mamelucken losgehen. Die nun vom Verbündeten zu Besatzern gewandelten Truppen Murats stellten mit Gewalt »Ruhe und Ordnung« her. Den Straßenkämpfen folgte das Standgericht. Zu trauriger Berühmtheit gelangte auch Goyas Gemälde »El tres de mayo«, das die Erschießungen vom 3. Mai 1808 vor den Toren Madrids verewigt.

Auf die Nachricht von den Ereignissen in Madrid begann landesweit der offene Aufstand – oft nicht nur gegen

▼ Joachim Murat (1767–1815), Lithographie, Madrid, Stadtmuseum.





▲ Francisco de Goya, *Desastres de la guerra*, Blatt Nr. 9, Radierung, Madrid, Nationalbibliothek.

die französische Armee, sondern gegen die alte Ordnung insgesamt. König Joseph Bonaparte musste sein Land zunächst persönlich für sich einnehmen. Im Juni 1808 erreichte er Madrid. Doch blieben auch während der französischen Besetzung Spaniens zahlreiche Widerstandsnester übrig, vor allem in den Rand- und Gebirgsregionen der Halbinsel: in Katalonien, im Baskenland und in Navarra, auch in den Bergen Kastiliens. Der Süden und Westen Spaniens blieben vorerst unbesetzt, so dass sich dort versprengte spanische Truppen sammeln konnten.

Der spontane Aufstand während der Monate Mai und Juni 1808 gab die Initialzündung für den Mythos des Volksaufstandes. Sehr zur Überraschung Napoleons fand dieser überregional statt. An sich waren Aufstände kein neues Phänomen. Denn auch in anderen Ländern Europas griffen Menschen zu den Waffen, als unter der neuen französischen Herrschaft die alte Ordnung zerbrach: In Norditalien flackerte teils heftiger, aber regional begrenzter Widerstand auf. In Süddeutschland überschritt er kaum das Maß der traditionellen Rekrutierungs- und Steuerunruhen. In Norddeutschland griffen Bitterkeit gegen die Besatzer und neuen Zwangsverbündeten um sich, doch es herrschte zu meist »Ruhe und Ordnung«. In Spanien – und in Süditalien – existierten dage-

gen landesweit Widerstandszentren, um die herum sich flächendeckende Aufstände ausbreiteten. Hier war manches anders: Lokale und regionale Traditionen waren noch stark; interne Zoll- und Wirtschaftsgrenzen hatten das Schmugglerwesen begünstigt; mit den Milizen bestand eine regionale Verteidigungsorganisation; der Besitz von Waffen war noch allenthalben gebräuchlich. Mit diesen traditionellen Überresten vermengte sich bald eine patriotisch-revolutionäre Propaganda, nicht unähnlich der, welche die französischen Revolutionstruppen in den 1790er Jahren beflügelte hatte. Diese Verbindung von alten mit neuen Elementen ist das Kennzeichen des Spanischen Unabhängigkeitskrieges.

Zunächst schien aber der konventionelle, zwischen regulären Truppen geführte Krieg günstig für Spanien zu laufen. Am 19. Juli 1808 erlebte die spanische Armee einen kurzen Triumph: In offener Feldschlacht besiegte sie bei Bailén ein französisches Korps. 23 000 Soldaten des Gegners gerieten in Gefangenschaft. Das kratzte am Mythos der Unbesiegbarkeit Napoleons. Gleichzeitig landete ein britisches Hilfskorps auf der Iberischen Halbinsel, im August folgte die Befreiung Portugals. Da die spanische Sache zu triumphieren schien, stellte der irreguläre Krieg aus der Sicht mancher eta-

blierten Kräfte eine Gefahr dar: Einer der später berühmtesten Guerillaführer, Juan Martín Díez, wurde im Sommer 1808 vom Generalkapitän der Provinz verhaftet. Wer Freitruppen anwarb, gefährdete in den Augen der Regierung das staatliche Gewaltmonopol.

Doch war der gesamte Staat ab November wieder von außen gefährdet. Nachdem die französischen Truppen sich aus Madrid hatten zurückziehen müssen, rüstete der französische Kaiser zum Gegenangriff, den er ab Oktober höchstpersönlich führte: Am 4. Dezember 1808 kapitulierte Madrid. Gleichzeitig musste sich das britische Expeditionsheer unter Sir John Moore in den extremen Nordwesten der Halbinsel zurückziehen. In einer letzten Schlacht gegen die nachrückenden Franzosen bei der Hafenstadt La Coruña fiel am 16. Januar 1809 der britische Feldherr und am Folgetag schiffte sich die demoralisierte, logistisch völlig heruntergekommene britische Armee nach England ein. Die Iberische Halbinsel befand sich nun weitgehend in der Hand Napoleons. Das Auslöschen der letzten Widerstandsnester schien nur eine Frage der Zeit zu sein.

Die Gegenbewegung erfolgte aus verschiedenen Richtungen. Sie mündete in dem, was spätere Historiker pathetisch als die »Erhebung der Völker«

▼ Francisco de Goya, *The Duke of Wellington*, London, Nationalgalerie.





ulstein bild

▲ Francisco de Goya, *Desastres de la guerra*, Blatt Nr. 39 Radierung, Madrid, Nationalbibliothek.

bezeichnen sollten. Als ein europaweit wahrgenommenes Symbol des spanischen Widerstandes erwies sich die zweite französische Belagerung von Saragossa, die sich von Dezember 1808 bis Ende Februar 1809 hinzog. Hier zeigte sich das Bild des Kampfes von Soldaten, Milizionären, zivilen Männern und Frauen, die auf den improvisierten Wällen der Stadt und danach im Häuserkampf mit Gewehren, Messern, Stöcken, Steinen und kochendem Wasser kämpften und erst kapitulierten, als die Stadt völlig zerstört war. Das strahlte auf das Ausland aus. Anfang 1809 reiften in Österreich Pläne zum Krieg. Im April 1809 begann der fünfte Koalitionskrieg, in dem die Österreicher beachtliche Anfangserfolge gegen Napoleon wie den Sieg von Aspern am 21./22. Mai erfochten. Das zwang den Kaiser, Truppen aus Spanien abzuziehen. Gleichzeitig begann der Aufstand in Tirol. In Norddeutschland versuchten einzelne Gegner Napoleons auf eigene Faust, Krieg gegen den französischen Kaiser zu führen: so der »Schwarze Herzog« Friedrich Wilhelm von Braunschweig-Oels, so der berühmte preußische Husarenmajor Ferdinand von Schill.

Gleichzeitig formierte sich der Widerstand auf der Iberischen Halbinsel.

Ebenfalls im April landete erneut ein britisches Expeditionsheer unter Arthur Wellesley. Dieser erfocht bei Talavera am 27. Juli südwestlich von Madrid einen Sieg, für den er den Titel Viscount Wellington erhielt. Doch sah sich der Brite genötigt, seine Kräfte nach Westen zurückzuziehen. Kurz zuvor hatte Napoleon in der Schlacht von Wagram bei Wien den Krieg gegen Österreich für sich entschieden und schickte nunmehr Verstärkung auf die Iberische Halbinsel. So formierte sich nun ein französischer Großangriff Richtung Portugal. Im von Wellington ausgebauten Stellungssystem von Torres Vedras bei Lissabon kam der französische Vormarsch zum Erliegen. Gleichzeitig reorganisierte sich die geschlagene portugiesische Armee. Zwischen Portugal und den französisch besetzten westlichen Provinzen Spaniens bildete sich ein zähes Gleichgewicht der Kräfte heraus. Bis 1812 blieb es bestehen.

Vom Staatszerfall zum Mythos der nationalen Rettung

Angesichts der Tatsache, dass der Krieg für Spanien mit regulären Kräften und auf eigene Faust kaum zu gewinnen war, erließ die Regierung Fer-

dinands VII. am 28. Dezember 1808 eine erste Verordnung zum Volkskrieg. Nach Art des schon bisher in den stehenden Heeren bekannten »kleinen Krieges« sollten Handstreichs, Hinterhalte und Überfälle von einer »Miliz neuer Art« geführt werden. Es war die Geburt einer neuen Konzeption der Landesverteidigung. So scharten verfügbare Armeeeoffiziere oder lokale Führer, oft unterstützt von lokalen Ständeversammlungen (spanisch »juntas«), Reste aus den Trümmern der geschlagenen spanischen Armee und Milizen um sich. Am 17. April 1809 erließ die mittlerweile nach Sevilla geflohene provisorische Regierung ein weiteres Dekret. Es sah die Legalisierung von Schmugglerbanden vor, so lange diese sich den lokalen Autoritäten zur Verfügung und in den Dienst der nationalen Sache stellten. Die Realität sah allerdings oft anders aus als in den Dekreten, und diese appellierten in Ermangelung von Ressourcen vor allem an den Enthusiasmus der Spanier. So kämpften neben Patrioten auch Deserteure, legalisierte Schmuggler und gewöhnliche Banditen gegen die Invasoren.

Im Jahr 1810 traten die Cortes Generales, das spanische Parlament, zusammen. Seit Februar 1810 residierte es in seinem von französischen Truppen belagerten und von britischen Kräften gehaltenen Inselrefugium Cádiz, ohne jedoch direkten Einfluss auf das spanische Festland nehmen zu können. Da kein König anwesend war, um diesem Gremium die Legitimation zu verleihen, herrschte ein Geflecht von miteinander im Widerstreit befindlichen Legitimationsvorstellungen. Karl IV. hatte abgedankt, Ferdinand VII. befand sich untätig im wohl dotierten Exil, Joseph Bonaparte wurde von seinem übermächtigen Bruder ferngesteuert und an der kurzen Leine gehalten. Hinzu traten die Eigenmächtigkeiten der lokalen Ständeversammlungen und die Machtherrlichkeit der Armeeführer und lokalen Guerilleros. Dies alles führte in weiten Teilen des Landes zu Anarchie. Mancherorts regierten Guerillaführer selbstherrlich wie lokale Souveräne; das wohl prominenteste Beispiel ist der »kleine König von Navarra«, Francisco Espoz y Mina. Er beherrschte zwischen 1810 und 1813 weite Teile im Nordosten des Landes,

kontrollierte die lokalen Institutionen, trieb Steuern, Sach- und Dienstleistungen ein und beseitigte gnadenlos konkurrierende Guerillaführer.

Der Krieg kam mit Beginn des Jahres 1812 wieder in Bewegung, als Wellington mit seiner britisch-portugiesischen Koalitionsarmee die Grenzstädte Badajoz (9. Januar) und Ciudad Rodrigo (6. April) einnahm und dann bei Salamanca ein französisches Korps aus dem Feld schlug (17. Juni). Am 6. August wurde Madrid von der britisch-portugiesischen Armee eingenommen. Freilich zwang die anschließende Konzentration neu herangeführter französischer Kräfte die Koalitionstruppen bald zur erneuten Aufgabe der Hauptstadt.

Eine weitere Wende brachte Napoleons Russlandfeldzug. Mit ihm kam ab Juni 1812 eine Armee von mehr als einer halben Millionen Soldaten ins Rollen, der Personalersatz nach Spanien versiegte. Mit dem Desaster der Grande Armée in Russland und dem Seitenwechsel Preußens im Februar/März 1813 wurden erneut französische Truppenverschiebungen nach Deutschland erforderlich, wo der Schwerpunkt der europäischen Kämpfe lag. Ab Mai erfolgte nun auch in Spanien eine Offensive Wellingtons. Nach einem Zug durch die nördlichen Provinzen und nach Verlegung der logistischen Basis von Lissabon nach Santander fand am 21. Juni 1813 die Entscheidungsschlacht bei der baskischen Stadt Vitoria statt, ein verlustreicher französischer Gegenangriff Ende Juli blieb erfolglos. Am 7. Oktober drangen Wellingtons Truppen nach Frankreich ein, doch erst am 10. April 1814 wurde bei Toulouse die französische Spanienarmee besiegt. Schon vier Tage vorher hatten seine Marschälle den Kaiser der Franzosen zum Abdanken bewegt. Der Krieg war zu Ende. Die Antwort auf die Frage, ob er von Briten oder von Spaniern, von regulären Truppen oder patriotischen Guerillas entschieden wurde, blieb auch in den zwei darauf folgenden Jahrhunderten umstritten.

Der Krieg und seine Folgen

Der Spanische Unabhängigkeitskrieg hatte ein anderes Gesicht als die Kabinettkriege des 18. Jahrhunderts. Zwar war es auch in diesen oft viel brutaler

zugegangen als später behauptet, doch Ausmaß und Brutalität des spanischen Konflikts von 1808 bis 1814 erschienen den Zeitgenossen als grundlegend neu. Schon der Koalitionskrieg stellte die Partner vor schwierige Probleme. Mehr noch spielte es eine Rolle, dass die Truppen auf ihren Märschen eine Schneise der Verwüstung hinterließen: Jede Armee operierte logistisch am Rande der Möglichkeiten und requirierte alles, was ihr fehlte, aus dem Lande. Hinzu kam die ideelle und propagandistische Aufladung des Konfliktes.

Zudem war es ein Krieg, an dem Angehörige vieler Nationen beteiligt waren. So ist er durchaus auch eine Geschichte deutscher Kriegsteilnehmer. Deutsche kämpften auf allen Seiten: als Teil der Armee Wellingtons, so die »King's German Legion« oder die »Black Brunswickers«; erstere waren 1803 mit 18 000 Mann als Teil der hannoverschen Armee in britische Dienste übernommen worden, letztere gingen auf das rund 2000 Mann starke Korps des »Schwarzen Herzogs« Friedrich Wilhelm von Braunschweig-Oels zurück, der im Sommer 1809 auf eigene Faust Krieg gegen Napoleon geführt hatte. Auf der Gegenseite kämpften Deutsche als Soldaten der mit Napoleon verbündeten Rheinbundstaaten und – soweit sie Rheinländer oder Pfälzer waren – auch in der französischen Armee. Deutsche traten auch als Angehörige von Guerillagruppierungen in Erscheinung, denn diese rekrutierten sich zu einem erheblichen Teil aus Deserteuren.

Das trug zum unübersichtlichen Charakter des Krieges bei: Auch Abenteurer und normale Banditen schlossen sich dem »Volksaufstand« an. Sie griffen bisweilen nicht selten jene an, die leichter zu überrumpeln waren als französische Soldaten, nämlich Bauern, Bürger und Reisende. Die Verschiedenartigkeit im Hinblick auf Ziele, Kampfweise und Zusammensetzung der Aufständischen bot den Vorteil, dass die Besatzungsmacht ihre Gegner schwer zu fassen bekam. Andererseits entbrannten oft Kämpfe zwischen den Aufständischen, die genauso grausam waren wie die gegen den gemeinsamen Feind. So war es kein Wunder, dass die spanischen Regierungsgremien ab der zweiten Kriegshälfte

versuchten, die Guerillabewegung in den Griff zu bekommen – oft ohne Erfolg. Allerdings bildeten sich in der zweiten Kriegshälfte auch zunehmend militarisierte Guerillaverbände. Ihre Führer wurden mit regulären Dienstgraden ausgestattet und ihre Männer zu (para)militärischen Verbänden »reguliert«.

Im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts zeigten sich die Fernwirkungen des verwickelten Krieges: König Ferdinand VII. wandelte sich nach seiner Rückkehr aus dem Exil vom »Ersehnten« zum absolutistischen Herrscher. Viele Freiheitskämpfer waren so vor den Kopf gestoßen, dass sie sich in Umsturzversuchen engagierten; drei weitere Bürgerkriege im 19. Jahrhundert zeugen davon. Auch die Armee neigte in den folgenden zwei Jahrhunderten dazu, in der Politik mitzureden, bis hin zum Bürgerkrieg 1936/39 und der anschließenden Francodiktatur, die erst 1975 endete. So bleibt nicht nur die Erinnerung an einen heroisch stilisierten Krieg, vielmehr zeigt sich ein ambivalentes Bild. Noch lange nach 1814 mussten Banden, die sich von Befreieren zu Blutsaugern gewandelt hatten, gejagt werden. Denn oft genug war der Kampf für »dios, rey y patria« – für Gott, König und Vaterland – von weit prosaischen Motiven begleitet. Treffend umschrieb es der Volksmund mit der bösen Parole: »Viva Fernando y vamos rubando! – Es lebe Ferdinand und lasst uns rauben!«

■ Martin Rink

Literatur

Charles Esdaile, *Fighting Napoleon. Guerillas, Bandits and Adventurers in Spain, 1808–1813*, New Haven, CT, London 2004.

Charles Esdaile (Hrsg.), *Popular Resistance in the French Wars. Patriots, Partisans and Land Pirates*, London 2004

Werner Hofmann, *Goya. Vom Himmel durch die Welt zur Hölle*, 2. Aufl., München 2005.

Die Bewachung der Bewacher. Die Staatssicherheit und die Grenztruppen der DDR

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR hatte maßgeblichen Einfluss auf nahezu alle Bereiche der Gesellschaft, vor allem auf diejenigen Organe, die dem Schutz des Staates dienen sollten. Die Angehörigen der Grenztruppen waren – nach Auffassung der Staatsführung – durch ihren täglichen Einsatz an der Grenze im besonderen Maße der feindlichen Propaganda ausgesetzt; in den Augen der Machthaber leisteten sie »Frontdienst im Frieden«. So erscheint es keineswegs verwunderlich, wenn den Grenztruppen der DDR stets eine besondere Aufmerksamkeit der »Firma« zuteil wurde. Dem Grenzkommando Mitte (GKM), zuständig für Berlin und Umgebung, kam dabei eine herausragende Rolle zu. Nirgendwo war die innerdeutsche Grenze so deutlich zu spüren wie hier. Im MfS wurden die Grenztruppen und die NVA von der Hauptabteilung I, intern »Verwaltung 2000« genannt, überwacht. Deren Aufgabe bestand im Wesentlichen darin, alle Angehörigen der Grenztruppen auf ihre politische Standhaftigkeit und Zuverlässigkeit zu »durchleuchten«. Ziel war der »gläserne« Grenzsoldat – schon ein geringfügiger Verdacht genügte, um vom Dienst entfernt zu werden. Der Vorgang des Überwachens wurde seitens des MfS als »Filtrierung« bezeichnet. Er garantierte einen, nach den Maßstäben des SED-Regimes, möglichst zuverlässigen Personalbestand in den Grenztruppen. Besonderes Augenmerk lag in der frühzeitigen Aufdeckung und Verhinderung von Fahnenfluchten, nicht zuletzt deswegen, weil die DDR bei Grenzübertreten stets mit einem Pressecho in den Westmedien rechnen musste.

Die IM in den DDR-Grenztruppen

Die sogenannten inoffiziellen Mitarbeiter des MfS bildeten das eigentliche Rückgrat zur Durchleuchtung der Grenztruppen. Das unter den Arbeitsbezeichnungen »IM« (= inoffizieller Mitarbeiter) »FIM« (= Führungs-IM) oder »GMS« (= Gesellschaftlicher Mitarbeiter) geführte Personal wurde durch das MfS gezielt in allen Dienstgradgruppen der Grenztruppen angeworben. Die IM sorgten maßgeblich

durch Bespitzelung in den eigenen Reihen dafür, dass das MfS die benötigten Informationen über »fehlgeleitete« Soldaten erhielt. Das Netz dieser Mitarbeiter wurde konsequent ausgebaut und optimiert, so dass in den Grenztruppen ein System der annähernd totalen Überwachung und flächendeckenden IM-Arbeit vorherrschte. Von den insgesamt knapp 50 000 Angehörigen der Grenztruppen verfügte das Grenzkommando Mitte gegen Ende der 1980er Jahre über 1300 Offi-



▲ Abbildung aus: Grenztruppen der DDR. Militärische Berufe. Für Schüler und Eltern. Eine Schrift zur Berufswahl, Redaktion Militärisch-Politische Agitation, Berlin: Militärverlag der DDR, Januar 1982.

ziere, 350 Fähnriche, knapp 2500 Berufsunteroffiziere und Unteroffiziere auf Zeit sowie rund 7200 Soldaten. Unter den Genannten befanden sich 1400 inoffizielle Mitarbeiter. Nahezu jeder achte Angehörige der Grenztruppen im Grenzkommando Mitte arbeitete folglich als IM für die »Firma«. Im Detail schlüsselte sich dieses »Absicherungsverhältnis« gemäß interner Berichte des MfS wie folgt auf: In den Reihen der Offiziere, ebenso wie unter den Fähnrichen, war im Durchschnitt knapp jeder Fünfte, unter den Unteroffizieren nahezu jeder Achte und bei den Soldaten im Wehrdienst immerhin noch jeder Vierzehnte als IM tätig. Die einzelnen IM wurden von einem Führungs-IM, zumeist in der Position eines Zugführers oder eines Hauptfeldwebels stehend, in kleineren Gruppen geführt und auf ihre jeweiligen Zielpersonen angesetzt. Die Überwachung und Durchleuchtung der Grenztruppen war ein Prozess, der sich auf die gesamte Dienstzeit der Betroffenen erstreckte, und keineswegs eine vorübergehende Erscheinung.

Die »Filtrierung 88«

Seit November 1988 wurde die bisherige halbjährige Ausbildung der wehrdienstleistenden Soldaten der Grenztruppen, unter anderem wegen akuter Personalengpässe aufgrund wachsender Ablehnung des Wehrdienstes unter den Wehrpflichtigen und geburtschwacher Jahrgänge ab Anfang/Mitte der 1980er Jahre, von sechs Monaten auf einen Zeitraum von nur drei Monaten verkürzt. Das MfS war gezwungen, die Durchleuchtung der Grenztruppen auf diesen verkürzten Zeitraum anzupassen, was eine Reihe von Problemen mit sich brachte. Die Versuche zur Anpassung mündeten schließlich in die »Filtrierung 88«, die zuerst in den Grenzausbildungsregimentern 39 und 40 des Grenzkommandos Mitte umgesetzt wurde. Die wesentlichen Neuerungen der »Filtrierung 88« bestanden in einer zeitlichen und inhaltlichen Straffung der Überprüfung und Überwachung der Wehrpflichtigen. Dabei durften jedoch wesentliche Erkenntnisse nicht übersehen werden – trotz des eingeschränkten Umfangs der Ermittlungen. Hatten vorher etwa na-

Ministerium für Staatssicherheit (MfS)

Das im Februar 1950 gegründete MfS war das zentrale und bedeutendste Überwachungs- und Kontrollorgan der SED zur Sicherung ihres Herrschaftsanspruches in der DDR. Der In- und Auslandsgeheimdienst setzte hierbei maßgeblich auf die Mittel der Überwachung, der Einschüchterung und der Manipulation der nahezu gesamten DDR-Bevölkerung. Zu den Aufgaben als politische Geheimpolizei zählte auch die Durchführung strafrechtlicher Untersuchungen in »politischen Strafsachen«. Schätzungen gehen davon aus, dass das MfS um 1989 über ca. 91 000 offizielle Mitarbeiter und über mehr als 170 000 inoffizielle Mitarbeiter (IM) verfügte.

hezu alle Verwandten ersten Grades der betroffenen Soldaten zusätzlich durchleuchtet werden können, so ließ das neue System diese Praxis nur noch in Ausnahmefällen zu.

Der Beginn der Durchleuchtung der jungen Grenzsoldaten begann bereits mit ihrer Musterung im jeweiligen Wehrkreiskommando. Schon hier war stets auch ein Mitarbeiter des MfS zugegen. Die Wehrkreiskommandos sollten den »weitestgehenden Nachweis der politischen Zuverlässigkeit« der Wehrpflichtigen ermöglichen. Zusätzlich prüfte der Mitarbeiter des MfS, inwieweit ausgewählte Personen in der sich anschließenden Ausbildungsphase als mögliche IM in Frage kommen konnten. Er übergab die Unterlagen der zukünftigen Grenzsoldaten nach der Musterung der zuständigen Unterabteilung im MfS. Hier wurden die ersten Ergebnisse erfasst und die potenziellen IM in einem Verteilungsplan gleichmäßig allen Ausbildungseinrichtungen zugewiesen. Bis spätestens einen Tag vor der eigentlichen »Zuschleusung« der Wehrpflichtigen waren – in enger Absprache zwischen dem MfS und den jeweiligen Kompaniechefs der Ausbildungskompanien – die Kompanie- und Zugstrukturen festzulegen. Zielsetzung des MfS war es zum einen, eine möglichst flächendeckende Aufteilung bereits ange-dachter IM zu erzielen, und zum ande-

ren, die Bündelung von potenziellen »Problemfällen« in einer Gruppe, einem Zug oder einer Kompanie zu verhindern. Das MfS informierte zeitgleich den jeweiligen Kompaniechef über »personelle Schwerpunkte«, also Soldaten, die gegebenenfalls »Probleme« bereiten konnten, und verteilte die entsprechenden Personalunterlagen.

Kontaktaufnahme in den Ausbildungskompanien

Der nächste Schritt im Filtrierungsprozess bestand in der gezielten Ansprache und Auswahl der zukünftigen IM unter den Wehrpflichtigen durch die Führungs-IM in den Zügen und Kompanien. Hatte die vorherige sechsmo-natige Ausbildung noch einen Zeitraum von bis zu vier Wochen hierfür vorgesehen, so mussten diese Gespräche nun bereits in der Regel eine Woche nach der Ankunft der Wehrpflichtigen stattfinden. Da zu diesem frühen Zeitpunkt noch keine Verbindung zwischen den FIM und ihren potenziellen IM bestand, konnte diese erste Kontaktaufnahme nur im Rahmen von Einzelgesprächen stattfinden. Die FIM mussten einem Anfangsverdacht auf eine mögliche Zusammenarbeit ausgesuchter Soldaten mit dem MfS in den Reihen der übrigen Wehrpflichtigen vorbeugen. Daher führten sie in der Regel mit jedem fünften Soldaten ihres Bereiches ein Einführungs-gespräch, wobei jedoch nur die ausgewählten Soldaten auf ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem MfS angesprochen wurden. Der FIM legte mit seinen ausgesuchten IM die Art und Weise der zukünftigen Verbindungsaufnahme fest und wies sie gegebenenfalls an, erste »personelle Schwerpunkte« ins Auge zu fassen oder allgemeine Informationen zu beschaffen, etwa grundlegende Stimmungen eines Zuges wiederzugeben. Ebenso wie die erste Verbindungsaufnahme zwischen den IM und ihrem zuständigen FIM mussten auch die nachfolgenden Treffen möglichst unauffällig stattfinden, um eine Enttarnung der Beteiligten als Mitarbeiter des MfS zu verhindern. Sogenannte IMK/S (= »Konspirations-IM«), etwa der Hauptfeldwebel als Verantwortlicher des Innendienstes innerhalb einer Kompanie oder aber der

Kompaniechef, konnten durch frühzeitige Erteilung von Sonderdiensten (Brandwache, Küchendienste usw.) ohne besondere Verdachtsmomente Treffen von IM und FIM ermöglichen. Das seitens des MfS in den Ausbildungseinheiten der Grenztruppen geforderte »Absicherungsverhältnis« zwischen regulären Soldaten und IM betrug 20 zu 1 und musste bis zum Zeitpunkt des Dienstantritts zum Grenzdienst auf 12 zu 1 erhöht werden. Dies bedeutet für jeden FIM, dass er in der Regel vierteljährlich vier Wehrpflichtige als IM zu gewinnen hatte.

Erste »operative Maßnahmen«

Die Wehrpflichtigen füllten nach ihrer Indienststellung Personalerfassungsblätter aus, auf denen sie zu Auskünften über ihre persönlichen Verhältnisse aufgefordert wurden. Ein Großteil der eingeforderten Auskünfte bezog sich auf mögliche Problemfelder für den zukünftigen Grenzdienst, wie etwa Westverwandtschaften innerhalb der Familie oder bereits eingereichte Anträge zur Ausreise oder Übersiedlung nach Westdeutschland. Ihre Dienststellen verfügten aufgrund der bereits begonnenen Durchleuchtung der Soldaten über detaillierte Informationen. Verdächtig machte sich ein Soldat, wenn er dem MfS bereits bekannte Probleme oder Informationen aus dem privaten Umfeld verschwieg, wie zum Beispiel eine Verlobung. Ein solches Verhalten führte unweigerlich zu einer Einstufung als »personeller Schwerpunkt« und zog automatisch den gezielten Einsatz von IM zur Überwachung des Soldaten nach sich. Die »Filterierung 88« sah vor, dass in diesen Fällen weitere Aussprachen mit dem betroffenen Soldaten zu erfolgen hatten und bei Bedarf erste »operative Maßnahmen« zur weiteren Durchleuchtung eingeleitet wurden, beispielsweise Befragungen von Personen aus dem näheren Umfeld des Soldaten oder das Abfangen seiner Post.

Die Fragen, welche die IM zu klären hatten, waren überaus vielfältig: Wie gestaltete sich das Verhältnis zwischen dem »verdächtigen« Soldaten und seinem Elternhaus? Unterhielt er regelmäßigen Briefkontakt zu seiner Ver-

lobten oder Freundin? Zeigten sich Widersprüche zwischen seiner Freizeitgestaltung und den in der Polit-schulung vermittelten Inhalten? Wie trat er gegenüber anderen Soldaten oder gegenüber Parteimitgliedern auf? Die FIM befragten im Rahmen ihrer Informationsgewinnung zusätzlich die Gruppenführer der einzelnen Soldaten. Alle zusammengetragenen Daten mündeten schließlich in sogenannte Personalanalysen, die als Arbeitsgrundlage für weitere Maßnahmen des MfS dienten. Darin wurde festgehalten, ob und in welchem Ausmaß ein Wehrpflichtiger eine gesellschaftliche Fehlentwicklung durchlaufen hatte (indem man ihm etwa Minderwertigkeitsgefühle unterstellte oder ihn der »Unberechenbarkeit« zieh) oder wie ausgeprägt dessen negative politische Einstellungen (prowestliche Sichtweisen usw.) waren. Hierin wurden den »Kandidaten« auch verschiedene Wesensmerkmale zugeordnet, beispielsweise die Einschätzung »geistig schwach/ausnutzbar«.

Die Kommissionstätigkeit gemäß Anordnung (AO) 22/87

Unter dem Leitbild »Wer ist wer?« versuchte das MfS ein möglichst lückenloses Bild von allen DDR-Bürgern zu erhalten. Beim Umgang mit den Angehörigen der Grenztruppen sollten die »ungeeigneten Elemente« schon während der Ausbildung identifiziert und wegversetzt werden. Die Vorgaben des MfS zur Filterierung der Grenztruppen sahen vor, dass einmal monatlich eine Kommission gemäß Anordnung 22/87 zu bilden war, die konkrete Entscheidungen zum Verbleib oder aber zur Aussonderung ausgesuchter Grenzsoldaten zu treffen hatte. Diese Kommission setzte sich aus dem Leiter der Unterabteilungen der Hauptabteilung I des MfS, den entsprechenden FIM und den Kompaniechefs der zu betrachtenden Grenzausbildungskompanien zusammen. Im Rahmen der ersten Sitzung (in der Regel 10 bis 12 Tage nach der Einberufung) verschaffte sich die Kommission einen Gesamtüberblick über alle als »Schwerpunkt« erkannten Soldaten und beriet über mögliche Maßnahmen. Die zweite Sitzung circa drei Wochen später diente einer Prä-

»Grenzregime« der DDR

Mit dem Begriff »Grenzregime« bezeichnete die DDR alle Einrichtungen und Maßnahmen der Grenzsicherung, -überwachung und -kontrolle. Dazu gehörte vor allem ein tief gestaffelter und fast undurchdringlicher Grenzstreifen mit einer Länge von 1378 km an der innerdeutschen Grenze und 161 km rund um West-Berlin. Das Grenzregime der DDR hatte einen repressiven Charakter. Es sollte vor allem nach innen wirken, um die Bürger an der »Republikflucht«, also dem illegalen Verlassen der DDR, zu hindern. Der kontinuierliche Ausbau der Sperranlagen gipfelte im Vergraben von Splittermine und im Einrichten von sogenannten Selbstschussanlagen. Die Überwachung lag in den Händen der Grenztruppen (GT), die dem Ministerium für Nationale Verteidigung unterstanden und annähernd 50 000 Mann zählten. Neben dem Streifendienst und geheimpolizeilichen Aufgaben hatten die GT im System der Landesverteidigung auch einen militärischen Auftrag. Trotz der sorgfältigen Personalauswahl empfanden vor allem viele wehrpflichtige Soldaten den Grenzdienst als physisch und psychisch sehr belastend.

Matthias Rogg

sensation der eingeleiteten Schritte. Zusätzlich wurde, je nach ausgewerteten Ergebnissen und Schlussfolgerungen, über den Verbleib jedes betrachteten Soldaten entschieden. In der dritten Sitzung wurden gezielte Verfahren zur Aussonderung der ausgewählten Wehrpflichtigen vom aktiven Grenzdienst eingeleitet. Soldaten, die eine solche Einstufung erhalten hatten, etwa aufgrund eines Antrags auf Übersiedlung der Eltern in den Westen, wurden an rückwärtigen Standorten auf Posten eingepflichtet, die erst gar keine Möglichkeit zu einer Fahnenflucht nach Westdeutschland boten (Heizer, Schlosser usw.). Wehrpflichtige, die zwar Anlass zu kritischen Betrachtungen, jedoch keine wirklichen Ausschlussgründe zum Einsatz im Grenzdienst boten, erhielten vor ihrer Übergabe an ihre zukünftigen Grenzregimenter entspre-



Haus der Geschichte, Bonn

▲ Soldaten der DDR-Grenztruppen vor einem Wachturm. Aus der Photomappe eines Stabsfeldwebels der DDR-Grenztruppen. DDR, 1971.

chende Aktenvermerke. In die »Abschleusungsvorbereitungen« der Wehrpflichtigen von ihren Ausbildungseinrichtungen zu den Grenzregimentern wurden ebenso die bereits vorhandenen IM einbezogen. Das Konzept der »Filtrierung 88« sah vor, dass die Wehrpflichtigen durch ihre jeweiligen FIM zu ihren Einsatz-, Verwendungs- und Standortwünschen befragt und diese Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigt wurden. Die Akten der IM wurden nach ihrer »Zuversetzung« zu ihren neuen Einheiten an die dortigen FIM übergeben, die erneut über deren Übernahme und einen weiteren Einsatz als Mitarbeiter für das MfS entschieden. Im Falle einer Übernahme wurden die IM sofort wieder aktiv und zur weiteren Bespitzelung ihrer Kameraden eingesetzt.

Der »Wirkungsgrad« der MfS-Arbeit

Aus internen Auswertungen des MfS für die Arbeit im Grenzkommando Mitte geht hervor, dass der Wirkungsgrad der IM und FIM als sehr hoch bewertet wurde. Im Bereich der Ausbildungseinrichtungen des Grenzkommandos Mitte und damit vor allem in den Reihen der Wehrpflichtigen führte der Einsatz des MfS von 1987 bis 1989 in insgesamt mehr als 300 Fällen zu einer Aussonderung aus grenzsichernden Einheiten. In den unterstellten Grenzregimentern wurden 96 Angehörige allein im Jahr 1987, im Jahr 1988 insgesamt 113 Angehörige und bis zum März des folgenden Jahres 23 Angehörige der Grenztruppen aufgrund von Erkenntnissen des MfS aus dem ak-

tiven Dienst entfernt. Gemäß einer Einschätzung des Grenzkommandos Nord hätten die FIM mit ihren IM gar »über 50 % der operativen Erstinformationen in den grenzsichernden Einheiten« erarbeitet.

In der Wirkungsweise des MfS in den Grenztruppen spiegeln sich, vielleicht mehr noch als in der Überwachung der übrigen Gesellschaft, besonders deutlich die Herrschaftsstrukturen des Unrechtregimes der DDR wieder. Das MfS, in den Augen der Staatsführung Schwert und Schild der Partei zugleich, bediente sich unter Missachtung der Menschenrechte aller verfügbaren Mittel, um seiner Aufgabe der Herrschaftssicherung der SED gerecht zu werden. Nach Hochrechnungen waren im Zeitraum von 1949 bis 1989 mindestens 600 000 inoffizielle Mitarbeiter beim MfS registriert. Die Durchdringung der Gesellschaft mit diesen Mitarbeitern bedeutete zwangsläufig eine Lebenswelt, in der Misstrauen, Unaufrichtigkeit und Täuschung allgegenwärtige Bestandteile des Alltags waren. Das Militär und somit auch die Grenztruppen waren integraler Bestandteil dieser Gesellschaft und wurden aufgrund seiner Aufgabe und Bedeutung in besonderem Maße in das System der Überwachung und Absicherung einbezogen. Das seitens der Staatsführung offen propagierte Feindbild eines aggressiven und auf militärische Expansion ausgerichteten Westdeutschlands ließ besonders in den bewaffneten Organen kaum Spielraum für anderweitige Ansichten oder Meinungen.

■ Jochen Maurer

Literaturtipps:

Jens Gieseke, Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, München 2001

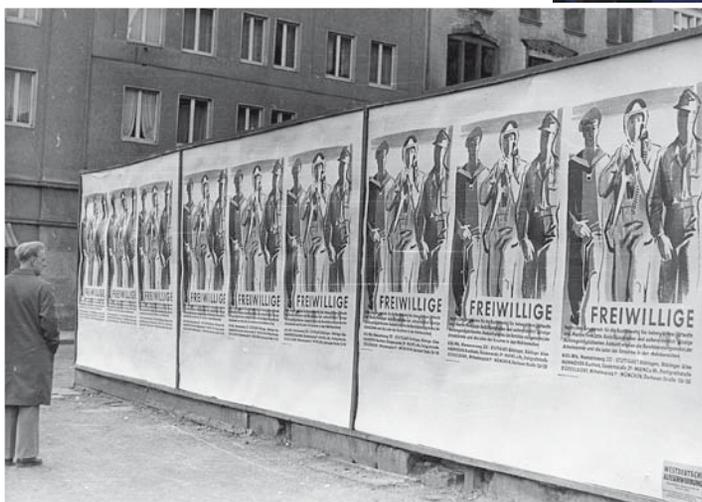
Klaus-Dietmar Henke u.a. (Hrsg.), Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden. MfS Handbuch, Hauptabteilung 1: NVA und Grenztruppen, Berlin, Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 1995

Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.), Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, Berlin 2001

Die Freiwilligenwerbung der Bundeswehr 1956 bis 1989/90



Militärhistorisches Museum der Bundeswehr, Dresden



▲ Aufnahme vom 16. November 1956.

FREIWILLIGE

legen den Grundstein für die Bundeswehr. Sie haben in Heer, Luftwaffe und Marine verkürzte Ausbildungszeiten und außerordentlich günstige Aufstiegsmöglichkeiten. Auskunft erteilen die Berufsberatungsstellen der Arbeitsämter und die Leiter der Annahme in den Wehrbereichen:

**KIEL-Wik, Niemannsweg 222 · STUTTGART-Böblingen, Böblinger Allee
HANNOVER-Buchholz, Sündenstraße 29 · MAINZ a. Rh., Freiligrathstraße
DÜSSELDORF, Wilhelmsplatz 9 · MÜNCHEN, Dachauer Straße 126-138**

▲ Vermutlich erstes Werbepublikum der Bundeswehr. Es erscheint u.a. auch als Anzeige in der Wochenzeitung »Der Spiegel« vom 12. September 1956.

Seit geraumer Zeit wird das Wort »Geburtenfalle« im Zusammenhang mit der Nachwuchslage der Bundeswehr im Munde geführt. Offenbar erreicht die Erkenntnis vom Wechselspiel nachlassender Stärke der Geburtenjahrgänge und der Einsatzbereitschaft einer Wehrpflichtarmee sowohl die Verantwortlichen als auch ein größeres interessiertes Publikum. Die niedrige Geburtenrate in der Bundesrepublik Deutschland ist ebenso eine Tatsache wie der sogenannte Wendeknick, der sich vor allem in den neuen Bundesländern bemerkbar macht und dort ab 2008 im Vergleich zu 1989/90 eine um 50 Prozent verringerte Geburtenrate erwarten lässt. Seine Brisanz gewinnt dieser Umstand nicht nur daraus, dass ein Drittel aller Soldaten aus den neuen Bundesländern stammt. Aus dem generell sinkenden Reservoir junger Männer und Frauen schöpfen nicht allein die Bundeswehr, sondern vornehmlich Wirtschaft und Industrie, aber auch weitere staatliche Institutionen im Umfeld des Öffentlichen Dienstes.

Armeen benötigen Soldaten

Armeen benötigen Soldaten, um überhaupt Armeen zu sein. Dies mag banal klingen, trifft aber wenigstens seit Ende des 17. Jahrhunderts zu, als stehende Heere überall in Europa eingeführt wurden. Doch welche Soldaten werden benötigt? Zu unterscheiden gilt es grundsätzlich zwischen den in der Regel kürzer dienenden Mannschaften und den länger dienenden Unteroffizieren und Offizieren. Während erstere zwar die Masse der Soldaten stellen, sind jene die Spezialisten in Führung und Organisation, die das Gerüst einer jeden Streitmacht stellen. Wenn von Freiwilligenwerbung gesprochen wird, ist daher zunächst zu unterscheiden

zwischen der Gewinnung von Rekruten und solchen Männern, die sich freiwillig für eine längere Dienstzeit in Streitkräften entscheiden.

Um ausreichend Soldaten für die Mannschaften zu erhalten, entwickelten sich in den zurückliegenden Jahrhunderten unterschiedlichste Formen staatlicher Rekrutierungssysteme, wie beispielsweise die Defensionswerke (System der Landesverteidigung vom 15. bis zum 18. Jahrhundert; nach lat. »defensio«, verteidigen), die Kantonsysteme (eine Wehrform des 18. Jahrhunderts, von der vornehmlich untere Schichten betroffen waren; benannt nach der politisch-geografischen Einheit »Kanton«) oder auch die allgemeine Wehrpflicht heraus. In der Geschichte gab es immer wechselnde »La-

gen«, auf die das Militär entsprechend reagieren musste. Die Art und Weise der Werbung Freiwilliger passte sich auch nach dem Zweiten Weltkrieg den neuen gesellschaftlichen wie auch wirtschaftlichen Gegebenheiten an.

Die Gewinnung von Soldaten stand seit jeher in Konkurrenz zur Wirtschaft. Erschwerend kam beim oft mit unlauteren Methoden betriebenen Werben hinzu, dass der Soldatenberuf in der Regel wenig populär war. Schon Friedrich II. von Preußen schuf »Versorgungsposten« für seine ausscheidenden Unteroffiziere: Er band sie als einfache Beamte in den Staatsdienst ein. Auf diese Weise sicherte er sich einerseits ein ihm treu ergebendes und diszipliniertes Staatsbeamtentum, andererseits zeigt dies aber auch, dass den Männern Anreize für den gefährlichen und entbehrungsreichen Dienst geboten werden mussten – sei es finanziell, sei es durch ein höheres Sozialprestige, sei es durch schöne Uniformen, eine bessere Unterkunft und Ausbildung.

Historische Querschnittsuntersuchungen zeigen, dass nur die wenigsten jungen Männer in eine Armee eintraten, weil sie einen militärischen Lebensentwurf einem zivilen vorzogen. Und für nur wenige mögen hierfür »ideologische« Gründe ausschlaggebend ge-

wesen sein. Die meisten Männer, die sich dazu entschlossen, länger freiwillig zu dienen, erhofften sich Vorteile für ihr gegenwärtiges Auskommen oder eine spätere zivilberufliche Anstellung.

Der Begriff des »Werbens« stand noch bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts ausschließlich für das Gewinnen von Soldaten und erlangte erst langsam seine heutige Bedeutung im Sinne von »Reklame machen«. Träger einer solchen Werbung, die uns heute noch durch die frühneuzeitlichen Begriffe des »Rührens der Werbetrommel« oder eines »Handgeldes« geläufig sind, war bis in den Zweiten Weltkrieg hinein die Truppe. In der Frühen Neuzeit bildeten die Männer einer Kompanie und eines Regiments eine Wirtschaftseinheit, welcher der jeweilige Kompaniechef oder Regimentschef vorstand. Nur in Kriegs- oder Notzeiten griff der jeweilige Landesherr in das Werbegeschäft im größeren Stile ein.

Auch wenn der Staat verschiedene Rekrutierungssysteme für die Mannschaften entwickelte, konnte das Problem, länger dienende »Profis« zu verpflichten, nicht gelöst werden. Die Rekrutierung oblag den jeweiligen Regimentern. Diese Praxis führte im Kaiserreich etwa dazu, dass nur solche

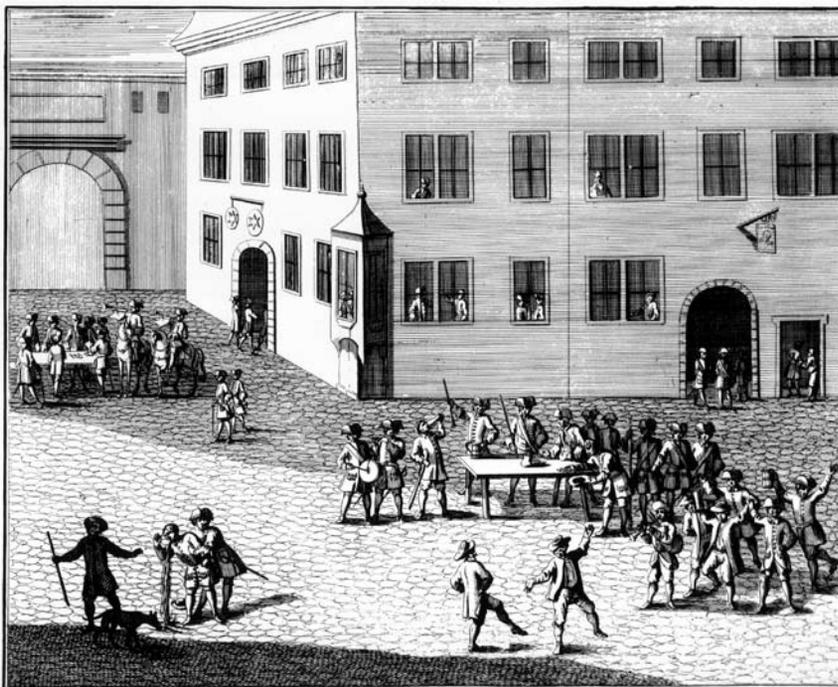
Bewerber angenommen wurden, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft die Anforderungen an die »erwünschten Kreise« der Offiziere oder Unteroffiziere erfüllten.

Die Anfänge der Freiwilligenwerbung

Nach der Gründung der beiden deutschen Staaten im Jahre 1949 wurde sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR 1955/56 offiziell wieder Streitkräfte aufgestellt.

Der politischen und militärischen Führung der Bundesrepublik waren mit der festgelegten Aufstellung von zwölf Divisionen innerhalb von nur wenigen Jahren ehrgeizige Ziele vorgegeben. Die Mannschaftsstärke der Bundeswehr sollte eine halbe Millionen Soldaten umfassen. In der bundesdeutschen Militärgeschichte griff nun der vormals so banal anmutende Satz: »Armeen benötigen Soldaten!« Die Verantwortlichen hofften zunächst noch auf die Masse ehemaliger Soldaten der Wehrmacht, die der »neuen Wehrmacht«, wie die Bundeswehr zunächst in der Öffentlichkeit genannt wurde, in großer Zahl zuströmen sollten. Hohe Bewerberzahlen zu Beginn der 1950er Jahre, als die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) diskutiert wurde, gaben Anlass zur Hoffnung. Doch die zeitliche Verzögerung der personellen Aufstellung bis zum Ende des Jahrzehnts ließ viele Bewerber wieder abspringen. Vor allem aber die allmählich Fahrt aufnehmende Volkswirtschaft machte der Bundeswehr Konkurrenz.

Der Dienst in den Streitkräften war in der breiten Masse der Gesellschaft wenig populär. Die zeitliche Nähe zum Zweiten Weltkrieg, der Not, Elend, Zerstörung, aber auch eine moralische Niederlage nach sich gezogen hatte, war noch groß. Aber auch die im Vergleich zur Wirtschaft geringe Besoldung, die unzureichenden Kasernenanlagen, eine nur bedingt moderne Ausrüstung und eine als ungeschick empfundene Uniform verstärkten neben einer überwiegend kritischen Presse das Gefühl vom »hässlichen Entlein« Bundeswehr. Es fehlte schlicht der Anreiz, sich für lange Jahre zu verpflichten.



▲ Werbung von Soldaten im frühen 18. Jahrhundert, in der Bildmitte der Trommler. Kupferstich aus: Hannss Friedrich von Fleming, Der Vollkommene Teutsche Soldat, Faksimiledruck der Ausgabe 1726, Osnabrück 1967.

Werbung tat also Not. Gegen Ende des Jahres 1954 verstärkten die Verantwortlichen im Amt Blank, dem Vorläufer des Verteidigungsministeriums, ihre Bemühungen für eine Freiwilligenwerbung. Nicht länger mehr sollte die Truppe der Träger der Werbung für länger dienende Männer sein. Es wurde ein eigenes Referat eingerichtet, das zunächst der »Wehraufklärung« zugerechnet wurde. Den damaligen Gepflogenheiten im Verteidigungsministerium folgend, ließen sich die Verantwortlichen von einer Werbeagentur ein Gutachten zur Freiwilligenwerbung erstellen. Damit wichen sie von der bisherigen Werbepraxis deutschen Militärs ab.

Die Grundzüge der Freiwilligenwerbung entsprachen von ihren Anfängen an den Regeln und Prinzipien der Wirtschaftswerbung. Die Vorgaben und Ideen zur Werbung entstanden zwar im Fachreferat, die Beratung und Umsetzung erfolgten jedoch seit 1956 durch externe Werbeagenturen. Das Spektrum an Werbemitteln, mit dem die Bundeswehr zwischen 1956 und 1989 warb, war sehr breit. Es reichte von Anzeigen und Plakaten über Wanderausstellungen und Truppenbesuchen bis hin zur Big Band der Bundeswehr.

Die Jahre 1956–1960

Die Motive der Bundeswehrwerbung in den Anzeigen und Plakaten folgten in all den Jahren einem Roten Faden. Der hier öffentlich präsentierte Soldat – vergleicht man ihn mit der pathetischen Darstellung des Soldaten der Wehrmacht – kann als unheroisch, als postheroisch bezeichnet werden. Kennzeichnend waren weiche Gesichtszüge der Soldaten sowie das Fehlen von Waffen oder Kampffahrzeugen. Ausgespart wurden ebenso Szenen, die an Kampf und somit an Krieg und Elend hätten erinnern können. Die Bundeswehr wurde vielmehr als defensiv und schützend, nicht als martialisch und aggressiv präsentiert. Damit entsprachen die Motive dem damals bekannten Titel eines schmalen Buches: »Armee ohne Pathos«.

Die Kritik an einer solchen Art der Werbung ließ nicht lange auf sich warten. Die Verantwortlichen erfuhren sie aus der Öffentlichkeit und auch aus

der Bundeswehr. Viele hohe Offiziere beklagten, dass das Ministerium niemals so gut wie die Truppe vor 1945 werben könne. Ein Stein des Anstoßes war das angeblich viel zu weiche Gesicht der Bundeswehr, das nun präsentiert wurde. Die Bundeswehr benötige Krieger und Kämpfer und keine von der Inneren Führung »verweichlichten« Soldaten. Gleichwohl erzielten die ersten Werbemaßnahmen große Erfolge und viele Interessenten ließen sich Informationsmaterial zusenden. Doch schon ab 1957 wurden erste Lücken in der Personaldecke offensichtlich.

Wehrwerbung 1960–1969

Die Lücken in der Stellenbesetzung erreichten in den 1960er Jahren bedrohliche Ausmaße. Die Gründe hierfür sind vielfältig, dürften aber wiederum in erster Linie sowohl mit der florierenden Wirtschaft, einem geringen Sozialprestige des Soldatenberufs, aber auch mit einer verfehlten Werbung in Zusammenhang stehen. Das postheroische Soldatenbild, also die visuelle Abkehr von der Wehrmacht, prägte weiterhin die bildliche Darstellung in der Wehrwerbung. Für die niedrigen Bewerberzahlen schien aber auch eine neue Werbeaussage verantwortlich zu sein. Während sich die freie Wirtschaft um junge Männer bemühte und die Bundesrepublik in eine Phase der faktischen Vollbeschäftigung eintrat, begann die Werbung der Bundeswehr von ethischen Fragen und normativen Ansätzen zu sprechen. Offizier zu sein lohne sich aus ideellen Gesichtspunkten, wegen der hohen Verantwortung, die man zu tragen habe, nicht jedoch aus finanziellen Gründen: »Wer den Beruf des Offiziers des klingenden Lohnes wegen ergreift, taugt von vornherein nicht zum Offizier.« Dass der Beruf des militärischen Führers ein hohes Maß an Verantwortung mit sich führt und besondere charakterliche Eigenschaften fordert, sei dahingestellt. Die Zeitgenossen, die in einer wirtschaftlich prosperierenden Bundesrepublik aufwachsen, mussten angesichts der Absage an einen guten Verdienst schon eine besondere Affinität zum Militärischen haben, um sich freiwillig länger zu verpflichten, zumal auch die Resonanz in der Presse im Zuge der

»Spiegel-Affäre« 1962 (ein bundeswehrkritischer Beitrag brachte dem Nachrichtenmagazin eine Strafanzeige wegen Landesverrats ein) und der »Starfighter-Krise« ab 1962, in deren Verlauf 108 Piloten tödlich verunglückten, alles anders als gut war. Auf dem Arbeitsmarkt konnte die Bundeswehr mit Aussagen wie oben nicht konkurrieren, was sich auch in den niedrigen Bewerberzahlen ausdrückte.

Das Ethos in den Anzeigen zwischen 1960 und 1965 weist dabei auf ein bestimmtes Denken innerhalb der Bundeswehr hin, das noch heute existiert und dessen Auswirkungen nicht von der Hand zu weisen sind, nämlich von vornherein Männer gewinnen zu wollen, die bereits überzeugte Soldaten sind. Angesichts mangelnder faktischer Anreize waren gerade die normativen Argumente in den Anzeigen das einzige Mittel, mit dem die Bundeswehr in den frühen 1960er Jahren werben konnte.

Nachwuchswerbung 1970–1989

Mit der Übernahme der Amtsgeschäfte des Bundesverteidigungsministers Helmut Schmidt wandelte sich die Nachwuchswerbung. In vielen Bereichen machte sich die Bundeswehrreform bemerkbar. Die Nachwuchs-



▲ Ankündigungsplakat für die Wanderausstellung »Unser Heer«, Anfang der 1960er Jahre.

Der Angriff auf die »Festung Europa«: Sizilien 1943

1943 war ein historisches Jahr, das eindrucksvoll den eigentlichen Wendepunkt des Zweiten Weltkriegs bestätigte: manifest im Scheitern der Blitzkriegsstrategie vor Moskau im Winter 1941/42 und im Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Amerika im Dezember 1941. Im Januar 1943 erklärten Amerikaner und Briten die »bedingungslose Kapitulation« der Aggressoren zum Kriegsziel. Anfang Februar ergaben sich die Reste der deutschen 6. Armee in Stalingrad. Nahezu gleichzeitig räumten die Japaner die heftigst umkämpfte Salomonen-Insel Guadalcanal – ein Wendepunkt im pazifischen Krieg. Und am 13. Mai kapitulierten in Nordafrika die letzten deutsch-italienischen Einheiten im sogenannten Brückenkopf Tunesien.

Im März 1943 war von Hitler prophezeit worden, dass der Verlust Tunesiens denjenigen von Italien zur Folge haben werde. Aber erst Anfang Mai versuchte die deutsche Führung nachzuholen, was sie und ihr Gegenstück in Rom bis dahin im Wesentlichen versäumt hatten: die organisatorische, logistische, infrastrukturelle und taktische Vorbereitung auf die Abwehr eines gegen das italienische Festland, gegen Korsika, Sardinien, Sizilien oder den Peloponnes sowie die Inselgruppe Dodekanes (seinerzeit italienisch, heute griechisch) gerichteten Angriffs. Das war ein schwieriges Unterfangen angesichts der alliierten Überlegenheit zur See und in der Luft sowie des Mangels an Transportraum, Luftabwehr und Geleitsicherung auf Seiten der Achsenmächte. Verschärft wurde die Lage durch die mangelhafte Organisation bei der Ent- und Beladung der Schiffe in den Häfen. Um all diese Probleme zu besprechen, weilte Großadmiral Karl Dönitz, der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, vom 12. bis 14. Mai 1943 in Rom. Er erörterte mit dem italienischen »Duce« Benito Mussolini auch die Frage, wo die gegnerische Invasion stattfinden würde.

Deutsch-italienische Abwehrvorbereitungen

Darüber konnten sich Deutsche und Italiener bis zum 9. Juli nicht einigen, und die Briten taten alles, um diese Unsicherheit zu fördern. »Mincemeat«



Alliierte Landung auf Sizilien, 10. Juli 1943.
Im Bild:
Britische Truppen.

akg images

nannten sie ein am 30. April anlaufendes aufwändiges Täuschungsmanöver, das glauben machen sollte, Landungen auf Sardinien und dem Peloponnes seien geplant: Hitler und seine Paladine fielen geschlossen darauf herein.

Was jedoch das Gespräch des Großadmirals mit dem »Duce« anbelangte, so sah dieser, anders als der »Führer«, nicht Sardinien und den Peloponnes, sondern das strategisch bedeutende Sizilien als meistgefährdet an. Denn die Besetzung der Insel würde den Gegnern endgültig den ungehinderten Seeweg durch das Mittelmeer öffnen. Verglichen mit dem für die Transporte auf der wesentlich längeren Route um das Kap der Guten Hoffnung benötigten Schiffsraum käme dies dem Gewinn von bis zu zwei Millionen Bruttoregistertonnen Schiffsraum gleich. Umso mehr überraschte, dass Mussolini Hitlers Angebot ablehnte, fünf deutsche Divisionen nach Italien zu verlegen oder dort aufzustellen. Der »Duce«, der sich unbeschadet seiner prekären militärischen und innenpolitischen Lage erstaunlich optimistisch gab, meinte zuversichtlich, ihm würden drei genü-

gen, bat allerdings im selben Atemzug um den »stark vermehrten Einsatz« der Luftwaffe.

Folgt man dem damaligen deutschen Militärattaché in Rom, General der Infanterie Enno von Rintelen, dann ging der nach dem nordafrikanischen Desaster spürbare »Widerstand« gegen eine stärkere Belegung Italiens mit deutschen Truppen von Mussolini aus. Möglicherweise überschätzte der italienische Diktator erneut die Kampfkraft der eigenen Soldaten; hinzu kam wohl aber auch das Verlangen, das nationale Prestige zu wahren. Daneben gab es sachliche Gründe, verursachten doch die vielen Wehrmachtangehörigen im Lande enorme wirtschaftliche Belastungen.

Rintelen, der als Militärattaché zugleich die Dienststellung »Deutscher General beim Hauptquartier der Italienischen Wehrmacht« bekleidete, sollte aus dem »Tunis-Rückstau«, also nicht mehr nach Nordafrika gelangten Wehrmachtangehörigen, drei Infanteriedivisionen aufstellen. Das Personal reichte dann gerade für zwei Großverbände: die ab dem 12. Mai gebildete Division

»Sardinien«, deren Stab bis zum 16. September 1943 »Kommando Sardinien« hieß, während man die Divisionsteile seit dem 6. Juli als 90. Panzergrenadierdivision führte, und die Division »Sizilien« (vorher »Kommando Sizilien«). Diese wuchs ab dem 14. Mai aus den auf der namensgebenden Insel »aufgestauten Marschbataillonen für Afrika« auf. Sie wurde am 1. Juli in 15. Panzergrenadierdivision und 14 Tage später in 15. Panzergrenadierdivision umbenannt. Die anderen deutschen Divisionen und Generalkommandos, die Italien verteidigen sollten, kamen bis zum Beginn der Invasion auf Sizilien von der Heeresgruppe D in Frankreich.

Parallel zur Vermehrung der deutschen Truppen in Italien gelang es Hitler, durch geänderte Zuständigkeiten seinen Einfluss auf die operative Planung und Führung im Mittelmeerraum zu verstärken. Hierbei kam es zu einer Aufwertung der Stellung des Oberbefehlshabers Süd, Generalfeldmarschall Albert Kesselring, was auch in dessen Dienstanweisung vom 23. Juni zutage trat. Ihm unterstanden sämtliche Heeres-, SS- und die im Erdkampf einzusetzenden Luftwaffenver-

bände, das Deutsche Marinekommando Italien, die Luftflotte 2 und der Deutsche General beim Hauptquartier der Königlich Italienischen Luftwaffe. Rintelen und der Bevollmächtigte Mittelmeer des Reichskommissars für die Seeschifffahrt wurden Kesselring mit Einschränkungen unterstellt.

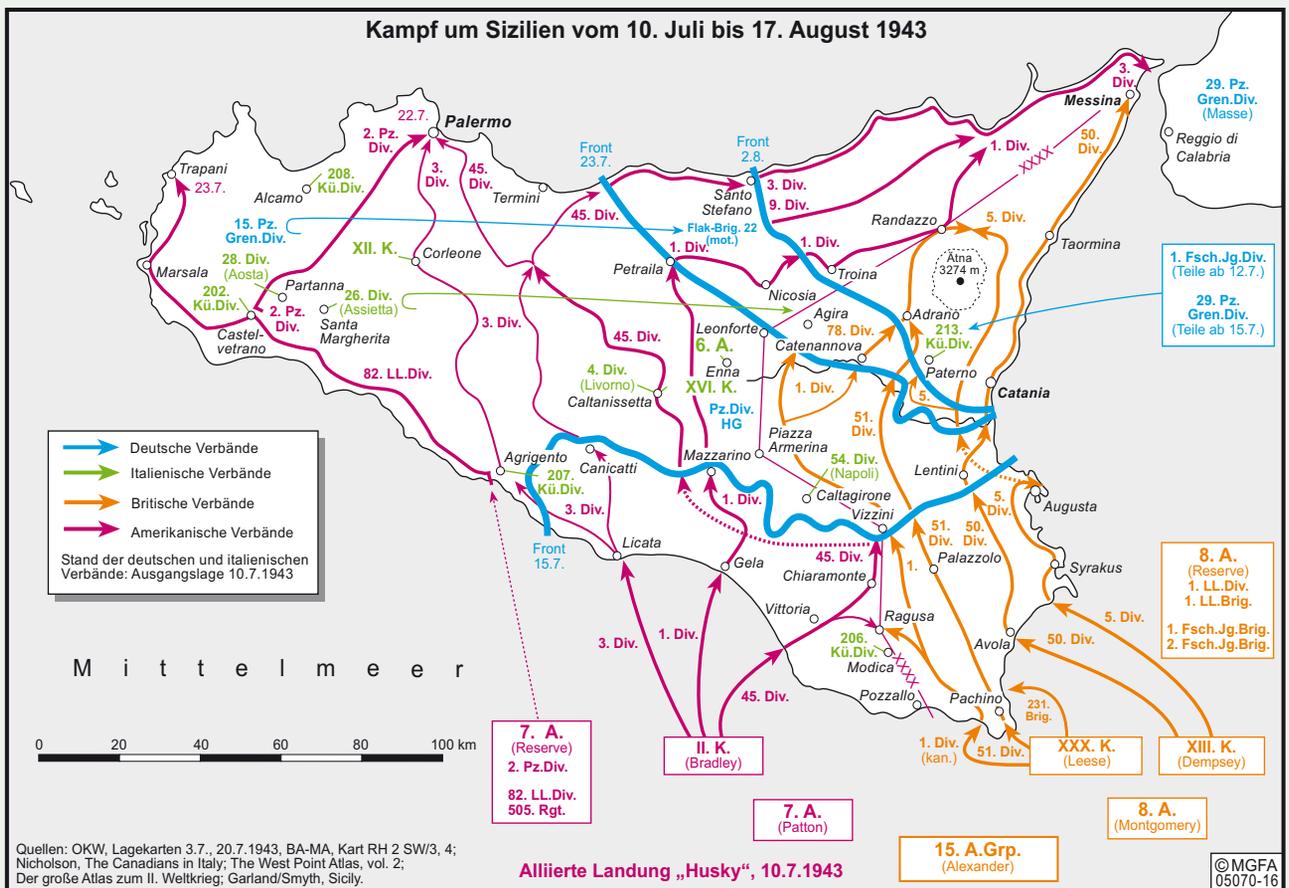
Als jene Dienstanweisung in Kraft trat, hatte sich die deutsche Führung zwar seit annähernd fünf Wochen darauf vorbereitet, die europäische Südflanke nach einer alliierten Landung notfalls alleine zu verteidigen, aber das bedeutete nicht, dass Berlin den Bruch der »Achse« anstrebte. Washington und London hofften hingegen, dass Rom als Folge der Landung in Sizilien kapitulieren würde.

Die alliierte Invasion: Operation »Husky«

Die im Januar 1943 begonnene Planung der Alliierten für die bis dahin größte Landungsoperation der Weltgeschichte erwies sich als mühsam. Das lag vor allem an der komplizierten alliierten Kommandostruktur auf dem mittelmeerischen Kriegsschauplatz: Briten

und Amerikaner besaßen dort bis zum Dezember 1943 kein einheitliches Oberkommando. Hinzu kamen die mitunter unvereinbaren Lagebeurteilungen und die Rivalität zwischen einigen Entscheidungsträgern. Oberbefehlshaber der Invasionstruppen war der amerikanische Generaloberst Dwight D. Eisenhower. Die Befehlshaber der Eisenhower unterstehenden Streitkräfte waren Briten und Amerikaner: Flottenadmiral Andrew Browne Cunningham befehligte die See-, Luftmarschall Arthur William Tedder die Luft- und Generaloberst Harold Alexander die Landstreitkräfte, das heißt die alliierte 15. Heeresgruppe, die damals Generaloberst Bernard Law Montgomerys britische 8. Armee und General George S. Pattons 7. US-Armee umfasste.

In operativer Hinsicht kam es darauf an, so schnell wie möglich leistungsstarke Häfen und brauchbare Flugplätze in Besitz zu nehmen. Das erschien deshalb wichtig, weil nicht alle Teile Siziliens innerhalb der Reichweite der auf der damals britischen Mittelmeerinsel Malta startenden Jagdflugzeuge lagen, so dass diese die Bodentruppen nicht uneingeschränkt zu



unterstützen vermochten. Doch davon abgesehen gab es kein geeigneteres Landungsgebiet: Sizilien besaß eine lange Küste, die den Verteidiger zur Dekonzentrierung seiner Kräfte zwang. Darüber hinaus konnten sich die Alliierten bei ihren Landungsvorbereitungen auf die durch die eigene Luftüberlegenheit gesicherte Verbindung zum Versorgungsraum Nordafrika stützen. Demgegenüber mussten die Deutschen und Italiener bei der geplanten Verteidigung von Sizilien zu Lande und auf See lange, zudem noch durch gegnerische Luft- sowie Seestreitkräfte bedrohte Nachschubwege in Kauf nehmen.

Nachdem die Alliierten zwischen dem 11. und 14. Juni die im Vorfeld ihres Landungsraums gelegenen kleinen Inseln Pantelleria, Lampedusa, Lampione und Linosa besetzt hatten, begann nach monatelangen logistischen und militärischen Vorbereitungen sowie einer massiven Luftoffensive am 9. Juli um 23.50 Uhr die Operation »Husky« – mit einem ganz und gar missglückten Luftlandeunternehmen bei Syrakus im Südosten der Insel.

Die Luftaufklärung der »Achse« erfasste die gegnerischen Landungsverbände am 9. Juli gegen 16.30 Uhr. Und die deutsche Seekriegsleitung nahm zutreffend an, dass die Streitmacht nach Sizilien lief, um im Raum Syrakus–Kap Passero bzw. Gela–Licata Truppen anzulanden. In der Tat gingen im letzteren Sektor am 10. Juli um 2.45 Uhr Soldaten der 7. US-Armee an Land. Die Briten folgten ihnen um 4.15 Uhr in einem südwestlich von Syrakus gelegenen Abschnitt.

Alles in allem verfügte die Invasionsstreitmacht über 2590–3000 Schiffe und Boote, darunter sechs Schlachtschiffe und zwei große Flotten-Flugzeugträger, sowie über 3462 Kampfflugzeuge, von denen am 10. Juli 2510 einsatzbereit gemeldet wurden. Nach der gelungenen Anlandung befanden sich 1800 Geschütze, 600 Panzer, 14 000 Fahrzeuge und 181 000 Mann auf der Insel. Am Ende des 38-tägigen Feldzugs standen 467 000–478 000 alliierte Militäranghörige auf Sizilien.

Die Verteidigung Siziliens

Bei der Bekämpfung der Angreifer, die zu Lande anfangs auf geringen Widerstand stießen, erzielten die Piloten der

Achsenmächte zwar nennenswerte Erfolge, doch die folgenden Zahlen zeigen, dass sie auf verlorenem Posten kochten. Die italienische Luftwaffe zählte am Invasionstag 930 Flugzeuge, von denen 449 als einsatzbereit galten. Bei der Luftflotte 2, befehligt von Generalfeldmarschall Wolfram Freiherr von Richthofen, waren dies 563 von 932 Maschinen.

Eine zu vernachlässigende Größe bildeten bei der Landungsabwehr die deutsch-italienischen Seestreitkräfte. Das galt uneingeschränkt für die schweren Einheiten: Vor Sizilien wäre ihnen nicht mehr als ein sinnloser Opfergang möglich gewesen.

Für die Verteidigung der Insel zeichnete Generaloberst Alfredo Guzzoni als Oberbefehlshaber der italienischen 6. Armee verantwortlich. Er unterstand unmittelbar dem Comando Supremo, dem italienischen Oberkommando. Die Interessen der Guzzoni taktisch unterstellten deutschen Truppen nahm seit dem 26. Juni 1943 Generalleutnant Fridolin von Senger und Etterlin als Verbindungsoffizier zum Armeeoberkommando 6 (AOK 6) wahr. Er war zugleich bis zum 18. Juli auch »Wehrmachtbefehlshaber« auf der Insel. An diesem Tag übernahm General der Panzertruppe Hans Valentin Hube als Kommandierender General des XIV. Panzerkorps den Befehl über sämtliche deutsche Verbände in Sizilien.

General Guzzonis 6. Armee besaß zwei Armeekorps. Dem XII. Armeekorps

unterstanden die Infanteriedivisionen »Aosta« und »Assietta«, die 202., 207. und 208. Küstendivision sowie das 136. Infanterieregiment. Das XVI. Armeekorps verfügte über die Infanteriedivision »Napoli«, die 206. und 213. Küstendivision sowie die XVIII. und XIX. Küstenbrigade. Zur Armeereserve zählten, neben der Infanteriedivision »Livorno«, acht sogenannte bewegliche und acht taktische Gruppen.

Zu den deutschen Kräften auf Sizilien gehörten vor der Invasion: die Panzerdivision »Hermann Göring«, die das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) noch vor dem 10. Juli durch das Grenadierregiment »Maucke« (drei Bataillone), das Grenadierbataillon »Reggio« (ein Marschbataillon), das Baubataillon »Messina«, eine Panzerkompanie (mit 17 Panzern des Typs »Tiger«) und eine schwere Heeres-Artillerie-Abteilung mit drei Batterien verstärkte. Hinzu kamen die 15. Panzergrenadierdivision, die Flak-Brigade 22 (mot.) und das Festungsbataillon 903. Nach der Eröffnung der Kampfhandlungen traten hinzu: die Masse der 1. Fallschirmjägerdivision (ab 12. Juli) und der 29. Panzergrenadierdivision (ab 15. Juli), das I., II. und III. Bataillon des Panzergrenadierregiments 382, das Festungsbataillon 904, der Stab des Festungsregiments 924 und ein weiteres Festungsbataillon (vermutlich 923).

Insgesamt standen am 10. Juli auf Sizilien annähernd 175 000 italienische und 28 000 deutsche Soldaten der ers-



Motorisierte Flak der deutschen Luftwaffe auf Sizilien in Bereitschaftsstellung, Juli 1943.



akg images

▲ Italienische Soldaten ergeben sich auf Sizilien den britischen Invasionstruppen.

ten Linie. Zuzüglich 57 000 Mann Versorgungsgruppen ergab das 260 000 Militäranghörige. Bis zum Ende der Kämpfe erhöhten sich die Grabenstärken bei den Deutschen auf 62 500 und bei den Italienern auf 191 931 Mann. Inklusiv der 65 000 Soldaten der Versorgungsdienste, davon 5000 deutsche, verfügten die Achsenmächte somit über bis zu 320 000 Mann.

Drei Tage nach der Landung meldete Kesselring an das OKW, dass die meisten italienischen Kräfte versagt hätten, was die Lage gefährlich verschärft habe. Die »Last des Kampfes« ruhe fast ausschließlich auf den Schultern des deutschen Heeres, das wegen der geschwächten »Nahkampfverbände der Luftwaffe« ohne die notwendige Luftunterstützung operiere. Ein »Gegenangriff« liege nicht mehr im Bereich der eigenen Möglichkeiten. »Mit den jetzigen deutschen Kräften allein ist die Insel nicht zu halten.«

Dennoch zauderte der Generalfeldmarschall, das Truppenkontingent gemäß der militärischen Logik zu erhöhen; er nahm an, dass eine »Verstärkung der deutschen Truppen auf Sizilien« mit derjenigen der Alliierten »wahrscheinlich« nicht Schritt zu halten vermochte. Andererseits kam auch eine Evakuierung nicht in Frage. Am Ende wollte Kesselring doch lieber neue Truppen auf die Insel bringen lassen, gewissermaßen um Zeitgewinn

herbeizusterben. Ferner, so der Generalfeldmarschall, seien von einem »raschen Verlust« der Insel »schwere Rückwirkungen auf die Widerstandskraft der Italiener zu erwarten«. Das mochte so sein, doch womit, außer mit ein paar tausend Toten mehr, war beim langsamen Verlust Siziliens zu rechnen?

Rein operativ gesehen ging es darum, den Vormarsch des Gegners »in einer Rückhaltstellung vorwärts des Ätna ungefähr in der Linie Santo Stefano–Adrano–Catania zum Stehen zu bringen«. Obwohl die Italiener dabei helfen sollten, befahl Hitler dem Generalkommando XIV. Panzerkorps, »unter unauffälliger Ausschaltung« der verbündeten italienischen »Kommandostellen« die »Gesamtführung im Brückenkopf Sizilien« zu übernehmen, wie das Kriegstagebuch des OKW für diese Tage vermerkt. Das deutsch-italienische Verhältnis verschlechterte sich daraufhin rapide. Es ereigneten sich schwere bewaffnete Zwischenfälle, beide Seiten beklagten Tote. Dennoch übergab General Guzzoni am 31. Juli – auf Weisung des Comando Supremo – den »Befehl über alle deutschen und italienischen Truppen in der Kampfzone« an General Hube.

Während sich die Achsenpartner immer mehr entzweiten, nahmen die US-Divisionen, die, soweit sie in Nordafrika eingesetzt waren, dort taktisch

und operativ sehr schnell dazugelernt hatten, bis zum 23. Juli ganz West-Sizilien in Besitz. Sie drehten anschließend nach Osten ein und operierten im Westen und Norden der Armeegrenze. Diese verlief in der Zeit vom 23. Juli bis 17. August 1943 von einem Punkt nahe Pozzallo über Modica östlich vorbei an Ragusa und Chiaramonte, westlich Caltagirone und Piazza Armerina nach Enna und von dort zu einem Punkt zwischen Agira sowie Nicosia, im Süden von Troina bis Randazzo und erreichte sodann Messina, direkt gegenüber dem italienischen Festland gelegen. General Pattons Männer standen am 17. August in der Stadt. Die Briten, die sich östlich der Armeegrenze in nördlicher Richtung vor kämpften, folgten wenig später.

Das Tor zur »Festung Europa«, wie man Messina nennen könnte, stand offen, alle erlebten Beschwerden wogen leicht. Es war ein Triumph auf ganzer Linie, selbst wenn die Alliierten die Stadt – für sie eine ärgerliche Panne – leer vorfanden. Denn mit einer auf deutscher Seite professionell, aber, was den Umgang mit den Italienern angeht, nicht immer kameradschaftlich durchgeführten Evakuierung (Unternehmen »Lehrgang«) gelang es, vom 11. bis zum 17. August 39 569 Wehrmachtangehörige mitsamt ihren Waffen, 9065 Fahrzeugen, 27 Panzern, 94 Geschützen, 1100 t Munition und 970 t Benzin auf das Festland zu retten, das zwischen dem 3. und 17. August 1943 auch 62 000 Italiener erreichten.

Die personellen Verluste des Inselkriegs stellen sich folgendermaßen dar: 4678 deutsche, 4325 italienische, 2721 britische und 2811 amerikanische Soldaten waren gefallen. Das bedeutete pro Kampftag rund 237 Tote auf Seiten der Achsentruppen und 146 bei den Alliierten. 13 500 Deutsche, 32 500 Italiener, 7939 Briten sowie 6470 Amerikaner wurden verwundet. Nicht zu vergessen sind 9892 amerikanische sowie 11 590 britische Männer, die auf Sizilien an der Malaria erkrankten, einer Krankheit, die in jener Zeit oft noch tödlich verlief. 40 655 Italiener und 4583 Deutsche galten als vermisst. 116 681 italienische Militärs und 5532 Wehrmachtangehörige gerieten in Kriegsgefangenschaft.

■ Gerhard Schreiber



ullstein bild

◀ Adolf Hitler während seiner Rede vor dem Reichstag zur Begründung des »Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich«, 20. März 1933, im Hintergrund Reichstagspräsident Hermann Göring.

Das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933

Es ist einfach nicht wahr, dass Hitler durch demokratische Wahlen an die Macht gekommen ist. Die Wahl zum Reichstag am 31. Juli 1932 hatte die NSDAP über Nacht zur stärksten Fraktion werden lassen. Hatte sie 1928 noch unter drei Prozent gelegen, so hatten jetzt 37,4 Prozent der Wähler den Nationalsozialisten ihre Stimme gegeben. Aber 37,4 Prozent, das war keineswegs eine Mehrheit. Das parlamentarische System lehnte Hitler grundsätzlich ab, folglich auch eine Koalition mit anderen Parteien – er wollte die Alleinherrschaft oder gar nichts.

Schlimm für die Weimarer Republik war, dass auch die Kommunisten noch einmal zugelegt hatten und jetzt auf 14,6 Prozent der Wählerstimmen kamen. Das bedeutete, dass die beiden antidemokratischen Parteien NSDAP und KPD zusammen eine rechnerische Mehrheit hatten, während die demokratischen Parteien auch zusammen keine Regierungsmehrheit erreichen

konnten. Die KPD unter Ernst Thälmann und die NSDAP waren aber verfeindet, sodass die Weimarer Republik ohne mehrheitsfähige Regierung war. Reichspräsident Paul von Hindenburg, ebenfalls kein Verfechter des demokratischen Systems, ernannte nunmehr mehrere Kanzler, die im Reichstag keine Mehrheit hatten und denen das Parlament schnell das Misstrauen aussprechen konnte. Hindenburg löste den gerade neu gewählten Reichstag alsbald auf und schrieb noch im selben Jahr 1932 erneut Wahlen aus, die am 6. November stattfanden.

Jetzt geschah etwas, was oftmals übersehen wird: Zum ersten Mal in ihrer Geschichte verlor die NSDAP Stimmen. Ihr Ergebnis ging um gut vier Prozentpunkte auf 33,1 Prozent zurück, wogegen die KPD sich auf 16,9 Prozent steigerte. Hatte die Massenunterstützung für den Demagogen Hitler ihren Höhepunkt überschritten? Waren die Menschen enttäuscht, weil auch die NSDAP die Verhältnisse nicht

hatte ändern können? Würde bei einer weiteren Wahl der Trend anhalten, die NSDAP weiter verlieren? Konnte es gar zu einem Sieg der Kommunisten kommen? Schwerindustrie und Banken sorgten sich sehr und unterstützten mit viel Geld den einzigen, der genug Unterstützung bei den Massen zu haben schien, um der »bolschewistischen« Bedrohung entgegenzutreten: Hitler.

In dieser Situation fand sich der »Führer« kurz nach dem Jahreswechsel 1932/33 dann doch bereit, eine Koalitionsregierung als Reichskanzler zu bilden. Der widerstrebende Hindenburg sah, dass nach dem Scheitern der Weimarer Republik kaum eine andere Möglichkeit in Sicht war, sollte nicht das Militär die Macht im Innern übernehmen, und ernannte den nationalsozialistischen Parteiführer zum Reichskanzler. Die hinter Hitler stehende Koalition aus NSDAP und Deutschnationaler Volkspartei (DNVP) besaß im Reichstag noch immer keine Mehrheit, verfügte aber mit rund 248 von 572 Sit-



▲ Otto Wels (1873–1939), SPD-Vorsitzender 1919–1933 und Reichstagsabgeordneter 1920–1933.

zen doch über eine weitaus solidere parlamentarische Basis als ihre Vorgänger. Gleichwohl konnte er in einer Koalition nicht das werden, was er sich vorgenommen hatte: unumschränkter Diktator. In der Annahme, ein erneuter Urnengang, diesmal aber unter den Bedingungen eines nationalsozialistisch kontrollierten Staatsapparates, würde ihm die gewünschte absolute Mehrheit und damit Handlungsfreiheit verschaffen, hatte sich Hitler bei Reichspräsident von Hindenburg eine Parlamentsauflösung und Neuwahlen ausbedungen; die Wahlen wurden für den 5. März 1933 ausgeschrieben.

Der Wahlkampf war charakterisiert durch eine unglaublich brutale Verfolgung kommunistischer, teilweise auch sozialdemokratischer Kandidaten. In der Nacht vom 27. auf den 28. Februar, also knapp eine Woche vor dem Wahltermin, legte der niederländische Kommunist Marinus van der Lubbe im Reichstag Feuer, sodass der Bau bis auf die Grundmauern abbrannte. Hitler nutzte die weit verbreitete Furcht vor einem kommunistischen Aufstand, zu dem der Reichstagsbrand das Fanal zu sein schien, und ließ durch den Reichspräsidenten am 28. Februar 1933 eine »Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat«, auch »Reichstagsbrandverordnung« genannt, erlassen. Sie diente in den folgenden Wochen als scheinlegale Grundlage für eine weitere Verschärfung der inneren Repression.

Dennoch musste Hitler vom Ausgang der Wahlen am 5. März 1933 enttäuscht sein. Die NSDAP gewann zwar wie erwartet erhebliche Stimmenanteile hinzu, aber zu der erhofften absoluten Mehrheit seiner Partei reichte es mit 288 von 640 Sitzen (43,9 Prozent der abgegebenen Stimmen) noch immer nicht. Allerdings verfügte eine Koalition von NSDAP und DNVP jetzt über eine Mehrheit von 340 gegen 300 Sitzen.

Zielstrebig ging Hitler nun daran, seine Machtposition auf anderem Weg zu festigen. Zunächst ließ er auf der Basis der »Reichstagsbrandverordnung« alle KPD-Reichstagsabgeordneten verhaften und ihre Mandate für erloschen erklären. Spätestens hier war der Bruch mit der Weimarer Reichsverfassung offenkundig.

Noch immer aber war Hitler darauf angewiesen, dass der Reichstag die von ihm gewollten Gesetze verabschiedete, noch immer musste er um Mehrheiten im Parlament kämpfen, war er vom Wohlwollen seiner deutschnationalen Koalitionspartner abhängig. Die Reichstagsbrandverordnung hatte wesentliche Grundrechte der Weimarer Reichsverfassung außer Kraft gesetzt. Jetzt ging Hitler daran, auch den Staatsaufbau und die darin vorgesehene Machtverteilung zwischen den Verfassungsorganen unter Wahrung des legalen Scheins in seinem Sinn umzugestalten. Er leitete dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zu, das dafür die Grundlage bilden sollte: ein »Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich«. Am 23. März 1933, zwei Tage, nachdem Hitler sich beim »Tag von Potsdam« vor dem greisen Reichspräsidenten fast servil verbeugt und damit den Konservativen vorgegaukelt hatte, er werde sich von ihnen weiterhin »zähmen« lassen, tagte der Reichstag in der Kroll-Oper in Berlin und beriet den Entwurf.

Die KPD war nicht mehr vertreten; die übrigen Parteien hatten sich teils nach heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen entschieden, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Lediglich die SPD war entschlossen, gegen das Gesetz zu stimmen. In einer gespenstischen Veranstaltung, geprägt durch die Anwesenheit von SA-Schlägertrupps im Saal, hatte ihr Fraktionsvorsitzender Otto Wels den Mut zur

letzten freien Parlamentsrede vor Beginn der totalen Diktatur: »Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht«, schleuderte er den nationalsozialistischen Abgeordneten entgegen. »Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten [...] Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.« Immer wieder wurde seine Rede von Bravorufen der SPD und gehässigem Lachen der NSDAP-Abgeordneten unterbrochen.

Selbst das katholische Zentrum und die Bayerische Volkspartei, die sonst treue Säulen der Weimarer Demokratie gewesen waren, hatten dem Druck nachgegeben. Der liberale Reichstagsabgeordnete Theodor Heuss, der spätere erste Bundespräsident, hatte in seiner Fraktion heftig gegen das Ermächtigungsgesetz argumentiert, stimmte aber letztlich ebenso zu wie seine Fraktionskollegen. Gegen die 94 Stimmen aller anwesenden SPD-Abgeordneten, also mit der für eine Verfassungsänderung erforderlichen Zweidrittelmehrheit, wurde das Ermächtigungsgesetz verabschiedet.

Reichsgesetze konnten nunmehr nicht nur, wie in der Verfassung vorgesehen, durch das Parlament, sondern auch durch die Reichsregierung beschlossen werden, ebenso der Reichshaushalt; selbst die Aufnahme von Krediten war ohne Beteiligung des Parlaments möglich (§ 1). Sogar das Recht zur Verfassungsänderung räumte der Reichstag der Regierung ein (§ 2): »Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.«

Damit hatte sich das Parlament selbst entmachtet, das Ende der Weimarer Republik war besiegelt. Der nationalsozialistischen Diktatur standen Tür und Tor offen.

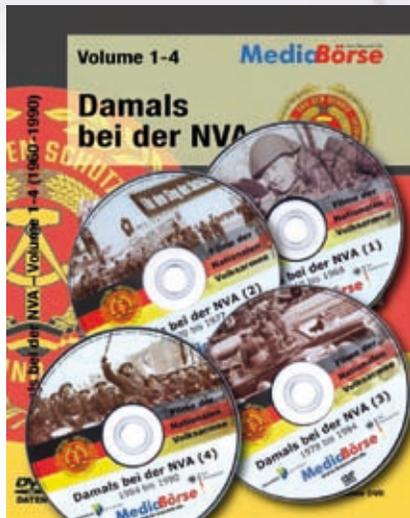
■ Winfried Heinemann



DVD

DDR

Damals bei der NVA



Damals bei der NVA – 1960 bis 1990, 4 DVDs, Berlin: Breucom-Medien 2008.; ca. 48 Stunden Spieldauer, insgesamt 156 Filme, Datenumfang ca. 28 GB. ISBN 978-3-940433-04-6; 79,00 Euro (die Filme sind auch einzeln erhältlich)

Auch nach fast 20 Jahren Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland gibt es in den Köpfen vieler Menschen, die jahrzehntelang in gesellschaftlich wie politisch zwei grundlegend unterschiedlichen deutschen Staaten gelebt haben, Vorurteile und nachträgliche Schönfärbereien – »hüben« wie »drüben« gleichermaßen. So haben Nachfragen von Militärgeschichtslehrern an den Offizierschulen der Bundeswehr, welche Kenntnisse die jungen Offizieranwärter über die Nationale Volksarmee (NVA) der DDR besitzen, erstaunliche Antworten zu Tage gefördert. Ob-

wohl keiner der Befragten alt genug war, um selbst noch die Zeit des Kalten Krieges im geteilten Deutschland bewusst erlebt zu haben, antworteten viele, dass »die NVA die zackigere Armee« gewesen sei, in ihr »noch Zucht und Ordnung« geherrscht habe. Viele der Offizieranwärter hatten diesbezüglich ein grundsätzlich positives Bild von der NVA, vor allem im Vergleich zur vermeintlich »verweichlichten« Bundeswehr, wobei anzumerken ist, dass die Militärgeschichtslehrer nicht nach der Meinung zum Menschenbild in den ostdeutschen Streitkräften gefragt hatten.

Eine von vielen Möglichkeiten, sich kritisch mit der NVA zu beschäftigen, bieten die zahlreichen Filme, welche die NVA in der Ausbildung ihrer Soldaten einsetzte. Der Verlag Breucom-Medien hat nun erstmals eine ganze Reihe dieser Filme, welche die NVA eigens für diese Zweck drehen ließ, der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Insgesamt 48 Stunden Spieldauer sind auf vier DVDs gespeichert worden. Die 156 Filme sind allerdings nicht über einen normalen DVD-Player, sondern nur auf einem PC abspielbar. Systemvoraussetzungen sind zumindest ein Pentium-III-Prozessor oder – vergleichbar – ein Arbeitsspeicher von 512 MB RAM, mindestens Windows 2000 (oder vergleichbar), ein Internet Explorer ab Version 6 sowie ein Windows Media Player ab Version 9. Der Media Player kann nach Installation und Start des Programms auf der Startseite unter der Rubrik »Weitere Informationen« heruntergeladen werden. Hilfreich sind auch die Hinweise zur Problembehebung, da die einwandfreie Wiedergabe der Filme zu Beginn Schwierigkeiten bereitet.

Jede der vier DVDs ist einem bestimmten Zeitabschnitt zwischen 1960 und 1990 vorbehalten. Innerhalb einer DVD können die Filme je nach Belieben alphabetisch, chronologisch oder nach Genre angeordnet und aufgerufen werden. Die ausgewählten Filme bestechen dabei durch ein äußerst breites Spektrum an Themen: vom Propagandafilm mit dem bekannten Pittiplatsch im Vorspann über zahlreiche Dokumentationsfilme bis hin zu diversen Ausgaben der »Armeefilm-schau«. Fragen zum Inhalt der Filme beantwortet die Startseite des Pro-

gramms: Eine eigene Rubrik »Hintergrund« gibt Auskunft über handelnde Personen und Sachhintergründe. Hier ist allerdings Vorsicht geboten, da einige der Beiträge sachliche Fehler enthalten. Für weitergehende Informationen und zur Einordnung der Filme in den historischen Kontext ist es daher ratsam, auf einschlägige Fachliteratur zurückzugreifen. Gleiches gilt auch für die auf der Startseite unter der Rubrik »Weitere Informationen« aufgeführten »interessanten Links«. Neben seriösen Websites wie die des Bundesarchivs oder des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes stehen private Internetauftritte ehemaliger Angehöriger der NVA mit teilweise eindeutigen Tendenzen. Für diese Websites gilt daher das, was auch für die Filme der NVA gilt: Ein kritischer »Blick hinter die Kulissen« ist viel wert.

jf



world wide web

Erster Weltkrieg

Flieger-Album

Eine zeithistorische Dokumentation des Ersten Weltkrieges hat sich der Hobbyhistoriker Helge Dittmann mit dem Auf- und Ausbau seiner Website www.flieger-album.de zur Aufgabe gemacht. Erst im Januar 2003 fand Dittmann auf dem Dachboden seines Elternhauses mehrere Fotoalben und Tagebuchaufzeichnungen seines Vaters, des Oberleutnants Werner Heinrich Oskar Dittmann (1896–1975). Auf der Website hat er die über 800 Bilder aus dem Ersten Weltkrieg nun online ge-

www.flieger-album.de



stellt, das Tagebuch transkribiert und eine erweiterbare Plattform geschaffen.

Die Navigation durch die Seite ist äußerst einfach gehalten und übersichtlich. Doch hinter der Seite versteckt sich mehr als nur die Biografie eines Zeitzeugen, unterlegt mit Bildmaterial und Berichten.

Um einen Überblick über das Leben des Frontsoldaten und Flugzeugführers Werner Dittmann im Krieg gewinnen zu können, wurde eine Chronologie seiner Einsätze und seiner militärischen Laufbahn zwischen dem 1. April 1914 und dem 21. November 1921 erstellt. Außerdem finden sich kurze Beschreibungen von einigen der Kriegsschauplätze, auf denen Werner Dittmann eingesetzt war. Dies gestattet dem Betrachter, die einzelnen Fotos geografisch und zeitlich entsprechend einzuordnen.

Über die 15 Fotoalben mit den über 800 Bildern hinaus, die größtenteils mit kurzen Bildunterschriften versehen sind, finden sich in der Rubrik »Fotoalben« weitere Flieger-Fotoalben aus der Zeit des Ersten Weltkriegs, die Helge Dittmann bislang von Nutzern der Site zugesandt bekommen hat (bis dato acht Stück). Die Rubrik wird in unregelmäßigen Abständen aktualisiert; ergänzt wird sie noch durch Alben mit geheimen Luftaufnahmen, jedoch ist der Inhalt dieser Rubrik noch im Aufbau begriffen.

Das Tagebuch, in kurzen und stichpunktartigen Sätzen – teilweise sind

die Einträge auch umfangreicher – bricht leider im Juli 1915 ab. Die im Tagebuch geschilderten Erlebnisse verdeutlichen eindringlich den grausamen Kriegsalltag. Vermutlich aufgrund von Dittmanns Verletzung und des darauf folgenden Beginns seiner fliegerischen Ausbildung endeten die Aufzeichnungen 1915.

Die Rubrik »Geschichte« schließlich bietet neben informativen Einträgen zum Ersten Weltkrieg und zur Fliegerei 1914 bis 1918 auch momentan 47 Portraits von Fliegern aus jener Zeit. Durch das umfangreiche Material und die Upload-Möglichkeiten besitzt die Website ein großes Potenzial zum Ausbau und zur Erweiterung durch andere Zeitzeugenberichte und weiteres Bildmaterial.

sts



Audio

Zweiter Weltkrieg

Krieg in Norwegen

Willy Brandt, Krieg in Norwegen. Gelesen von Alexander Bandilla, 4 Audio-CDs, 4:48 Stunden Laufzeit, RADIO-ROPA Hörbuch 2008. ISBN 9783836801577; 12,80 Euro

Willy Brandt fand nach dem Überfall deutscher Truppen auf Norwegen 1940 Zuflucht im schwedischen Exil. Schon als junger Mann »vollkommen von der

Politik besessen«, so eine Zeitgenossin, legte er eine ungeheure publizistische Produktivität an den Tag, an die sich seine politischen Mitstreiter noch Jahre nach dem Exil erinnerten, etwa Bruno Kreisky, der mit Brandt im schwedischen Exil weilte: »Seine Leistung war bemerkenswert«, Brandt schrieb »mit unglaublichem Fleiß und großer Einfühlungsgabe«, so der nachmalige österreichische Bundeskanzler. Bis zu seiner Rückkehr nach Deutschland im Jahr 1947 verfasste Brandt neben politischen Broschüren und zahlreichen Artikeln in Zeitungen und Zeitschriften auch insgesamt neun Bücher. Im Mittelpunkt des publizistischen Schaffens von Brandt stand Norwegens Schicksal. Sechs dieser neun Bücher sind denn auch dem norwegischen Kampf gegen die deutschen Besatzer gewidmet, darunter das 1941 auf Norwegisch in Stockholm erschienene Buch »Kriget i Norge«; eine deutschsprachige Ausgabe erschien noch 1942 in Zürich unter dem Titel »Der Krieg in Norwegen«. Die Quellenlage zur Abfassung eines solchen Buches, das die Ereignisse in Norwegen vom deutschen Angriff am 9. April bis zur norwegischen Kapitulation am 9. Juni 1940 schildert, war aufgrund der Umstände beschränkt: Brandt konnte nur auf Material zurückgreifen, das in Stockholm lag, weswegen er nicht immer auf »Feinheiten« zu achten vermochte. Sein Ziel war es vielmehr, so der Vielschreiber im Jahre 1942, mit seinen Texten »gewisse wesentliche [Informations-]Bedürfnisse zu befriedigen«. Der in Zürich ansässige Europa Verlag hat sich kürzlich um die Wiederausgabe des eindringlichen historischen Dokuments verdient gemacht (Zürich: Europa Verlag 2007, ISBN 9783905811001, 16,95 Euro). Der gedruckte Text liegt nun auch als Audio-Buch vor, gelesen wird er von dem Schauspieler Alexander Bandilla, der es versteht, dem Vortrag des Textes den ihm gemäßen Tonfall zu verleihen.

mt

Der Rote Baron

Rittmeister Manfred Freiherr von Richthofen (1892–1918) ist der bekannteste deutsche Jagdflieger. Um Leben und Taten des »Roten Barons« ranken sich Legenden. Joachim Castan hat sich nun angeschickt, die »ganze Geschichte« zu erzählen.

Psychologische Deutungen sind nicht jedermanns Sache. Der Autor jedoch argumentiert überzeugend mit der mangelnden Liebe im Elternhaus Richthofens sowie mit der Jagdbegeisterung als Erfolgsbestätigung und Ausgleich für diverse Triebe. Die Historie kommt nicht zu kurz, bindet Castan doch die Mythen und Erkenntnisse über Richthofen in die größeren Zusammenhänge des Ersten Weltkrieges ein.

Richthofens Weg schien durch Eintritt in die Kadettenanstalt Wahlstatt im Alter von elf Jahren vorgezeichnet zu sein. Früh wurde er zum Leutnant bei der elitären Waffengattung der Ulanen ernannt. Der Erste Weltkrieg sah ihn in dieser Funktion an der Ost- und Westfront, bis er schließlich bei der Fliegertruppe als Flugzeugführer und Jagdflieger diente. Die Verwendung als Staffelführer der Jagdstaffel (Jasta) 11 und als Kommandeur des Ersten Jagdgeschwaders im Alter von 25 Jahren bedeutete Führungsverantwortung. Castan wertet akribisch die 80 Abschüsse Richthofens aus und thematisiert die Diskussionen um seinen Tod im Einsatz am 21. April 1918. Die Funktion der zeitgenössischen Propagandamaschinerie, die Helden braucht und schafft, wird dabei ebenso

deutlich wie die Nachwirkung des »Mythos Richthofen« bis in die Gegenwart. *hp*



Joachim Castan, *Der Rote Baron*. Die ganze Geschichte des Manfred von Richthofen, Stuttgart 2007. ISBN 978-3-608-94461-7; 360 S., 24,50 Euro

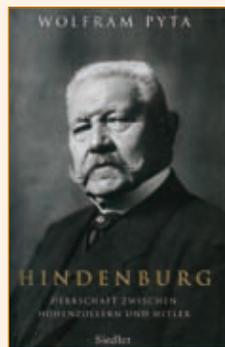
Hindenburg

Im Jahre 1911 nahm Paul von Hindenburg (1847–1934) als Kommandierender General des IV. Armeekorps seinen Abschied vom aktiven Dienst, seine

militärische Laufbahn schien beendet. Im August 1914 wurde er jedoch reaktiviert und übernahm den Oberbefehl über die 8. Armee in Ostpreußen. Die deutschen Truppen an der Ostfront besiegten innerhalb weniger Wochen zwei russische Armeen. Für Hindenburg begann ein »märchenhafter Aufstieg«, der sich vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis zur NS-Diktatur erstrecken sollte. Der ehemalige Pensionär wurde zu einem der wichtigsten politischen Akteure.

Dieser zweiten Karriere Hindenburgs widmet sich Wolfram Pyta. Sein neues Buch ist weniger eine Biografie als vielmehr eine kultur- und politikgeschichtliche Analyse der Person Hindenburgs, bereits abzulesen am Inhaltsverzeichnis: Gerade ein Kapitel von insgesamt 37 behandelt Hindenburgs 67 Lebensjahre vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

Für Pyta ist Hindenburg ein »Charismatiker«, der seinen Machtanspruch aus seiner Popularität als »Sieger von Tannenberg« ableitete und alles andere als ein unpolitischer Soldat war. Pytas Argumentation stützt sich auf eine ausgesprochen breite Quellenbasis und wendet sich gegen das Bild vom greisen Reichspräsidenten. Vielmehr betrieb Hindenburg, so Pyta, gezielt eine Politik der »nationalen Wiedergeburt«. Aus Hindenburgs Sicht sei Adolf Hitler ein Garant dieser Politik gewesen, weshalb er ihm 1933 zur Macht verholfen habe. *mn*



Wolfram Pyta, *Hindenburg*. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2007. ISBN 978-3-88680-865-6; 1120 S., 49,95 Euro

Generaloberst Ludwig Beck

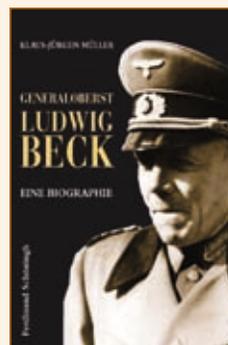
Generaloberst Beck war nicht nur die zentrale Gestalt des nationalkonservativen Widerstands gegen das nationalsozialistische Regime während des Krieges. Er war schon vorher, als Chef des Generalstabes des Heeres von 1933 bis 1938, der große Intellektuelle hinter Hitlers Aufrüstung.

Klaus-Jürgen Müller, lange Professor für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr Hamburg, hat Beck nun eine umfangreiche Biografie gewidmet. Flüssig geschrieben und klug argumentierend beschreibt er, wie Beck die Ausweitung des 100 000-Mann-Heeres der Weimarer Republik zu Hitlers Kriegswehrmacht steuerte.

Der Generalstabschef sah sich in der Tradition des »großen« Helmuth Graf von Moltke (1800–1891) und daher als ersten militärischen Berater der politischen Führung. Eine kritisch-loyale Beratung vor einer Entscheidungsfindung aber war mit Hitlers »Führerprinzip« nicht zu vereinbaren; der Weltkriegsgefreite benötigte lediglich »Führungshelfen«. Daher nahm die Bedeutung des Oberkommandos der Wehrmacht ständig zu, der Generalstab des Heeres dagegen verlor weitgehend den Einfluss auf die Kriegsplanung des Reiches.

Hitlers Größenwahn führte Deutschland in einen Krieg, den es nicht gewinnen konnte. Als Hitler entgegen dem Rat des Generalstabschefs den Feldzug gegen die Tschechoslowakei befahl, trat Beck zurück. Konsequenterweise gewann er Kontakte zur militärischen, aber auch zur zivilen Opposition. Klaus-Jürgen Müller rückt in den Mittelpunkt seiner Betrachtung, wie Beck die auseinanderstrebenden Kräfte in der Verschwörung zusammenhielt.

Am 20. Juli 1944 sollte Beck Staatschef werden. Als auch im Zentrum des Umsturzversuches systemtreue Offiziere die Oberhand gewannen, griff er zur Pistole und setzte seinem Leben ein Ende. Beck spielt in der Traditionspflege der Bundeswehr eine wichtige Rolle: So ist eine Kaserne in Sonthofen nach ihm benannt. Müllers Buch ruft eindrucksvoll in Erinnerung, warum diese Namengebung mehr als gerechtfertigt ist. *Winfried Heinemann*



Klaus-Jürgen Müller, *Generaloberst Ludwig Beck*. Eine Biographie, Paderborn u.a. 2007. ISBN 978-3-506-72874-6; 836 S., 39,90 Euro

Vietnam

Bernd Greiner hat eine exzellente Analyse des Krieges der USA in Vietnam vorgelegt. Fakten, politische Hintergründe und militärische Kämpfe werden anschaulich dargestellt. Sie belegen, dass in Vietnam ein asymmetrischer Krieg geführt wurde. Der Autor zeigt auf, wie sich die Einteilung in »Starke« und »Schwache« mit Dauer der Kämpfe in ihr Gegenteil verwandelte, da der vermeintlich Unterlegene ohne Rücksicht auf Menschenleben seine Taktik durchhielt. Die USA tappen in die Falle. Die kontinuierlich steigenden Verluste an Menschenleben entzogen dem amerikanischen Militär langsam, aber stetig den Rückhalt in der eigenen Bevölkerung. Nicht chronologisch gibt Greiner das Geschehen wieder, sondern thematisch geordnet nach »Kriegsherren«, »Generale«, »Offiziere« und »Krieger«. Unterkapitel wie »Zuschauer, Komplizen, Mittäter« und »Hass und Selbsthass« bieten Raum für tiefgründige Analysen des Denkens und Handelns der Soldaten. Greiner weist auf die Hilflosigkeit der amerikanischen Politiker (»Kriegsherren«) hin, welche die Realität verdrängten und den Krieg wider besseres Wissen nicht beendeten. Klar zutage tritt der Einfluss der Medien, die letztlich zum Meinungsumschwung beitrugen. Nicht ausgespart werden auch Themen wie die »Todesschwadronen«, und gefragt wird des Weiteren nach den Ursachen für Massaker wie My Lai sowie My Khe. Sie waren keine Einzelfälle, sondern hatten Methode – »Body count«: Je mehr getötete Vietnamesen, desto größer der Erfolg.

Greiner führt eine feine, scharfe Klinge; seine Schreibweise lässt einen förmlich die Brutalität des Krieges »spüren«. Das Buch fesselt von der ersten bis zur letzten Seite – und lässt

den Leser zugleich mit vielen Fragen zurück. ks

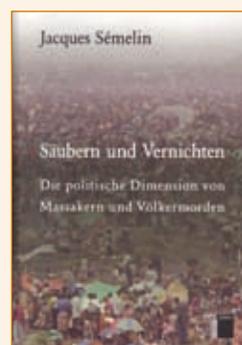
Bernd Greiner, **Krieg ohne Fronten. Die USA in Vietnam**, Hamburg 2007. ISBN 978-3-936096-80-4; 595 S., 35,00 Euro



Völkermord

Die in zahlreichen Ländern verübten Völkermorde wecken kollektives Entsetzen und Grauen. Die deutsche Geschichte verpflichtet uns in moralischer Sicht auch, gegen den 1948 durch die Vereinten Nationen im Völkerstrafrecht geschaffenen Straftatbestand des Völkermordes vorzugehen. Eine wirksame Unterbindung von Völkermorden kann sich aber nicht nur in deren Bestrafung erschöpfen, sondern muss vor allem präventiv angelegt sein. Allerdings fehlt bislang ein allgemeines Verständnis für die Gründe und Methodik derartiger Verbrechen.

Der französische Politikwissenschaftler Jacques Sémelin hat in »Säubern und Vernichten« nun erstmals versucht, allgemeingültige Grundlagen aller Völkermorde zu definieren. Basis seiner Untersuchung ist der strukturell angelegte Vergleich des Holocausts im Dritten Reich, der Massaker in Ruanda 1994 und der Bürgerkriege auf dem Balkan von 1990 bis 1995. Auch wenn diese Völkermorde sich erheblich voneinander unterscheiden, so liegt ihnen doch ein ähnlicher »sozioaffektiver Prozess« zugrunde, der in letzter Instanz schließlich in die Vernichtung eines imaginären Feindes mündet. Ausgehend von drei Ideen – Identität, Reinheit und Sicherheit – führt eine Mischung aus Steuerung durch die Zentralgewalt und Umsetzung durch breite Bevölkerungsschichten letztlich zum eigentlichen Akt des Völkermordes. Darüber hinaus bietet das Buch auch einen auf eigenen Forschungen beruhenden Fragebogen zur Untersuchung von Massakern, die Beschreibung des Projektes einer digitalen Enzyklopädie der Massengewalt im Internet (www.massviolence.org) sowie eine ausführliche Bibliografie, die das bislang einzigartige Werk abrunden. jf



Jacques Sémelin, **Säubern und Vernichten. Die politische Dimension von Massakern und Völkermorden**, Hamburg 2007. ISBN 978-3-936096-82-8; 450 S., 40,00 Euro

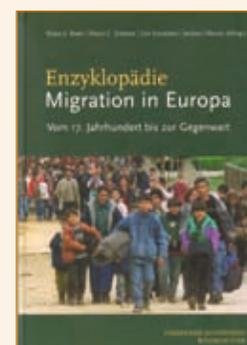
Migration in Europa

Telefonbücher so mancher Großstadt mögen Zeugnis ablegen von der Herkunft der Stadtbewohner. Im »Schmelztiegel« Wien etwa finden sich zahlreiche Namen böhmischen, mährischen, slowakischen, polnischen, kroatischen und anderen Ursprungs. Sie verweisen auf die Migration aus den Ländern der Habsburgermonarchie in die ehemalige Residenzstadt. Heute wie damals ist, nicht nur in Österreich, die Migration in all ihren Erscheinungsformen, ob Arbeitswanderung oder Zwangsmigration, ein Sorgen thema, das Politiker wie Gesellschaft gleichermaßen beschäftigt.

In einer umfassenden »Enzyklopädie Migration in Europa« haben sich nun über 200 Autoren auf mehr als 1150 Seiten des Themas Migration angenommen. Gegliedert ist das Mammutwerk, in seiner Art bislang einzigartig, in die Abschnitte »Länder« und »Gruppen«. Dass hier, im enzyklopädischen Teil, manches fehlt, dessen sind sich die Herausgeber bewusst; trotzdem fanden auch kleinste Gruppen wie z. B. bosnische Bärenführer in Mitteleuropa Eingang. Durchgängig wird die Frage gestellt nach dem jeweiligen Selbstbild der Gruppen und dem Einfluss der Integration oder der Assimilation auf diese Selbstsicht sowie nach den Wahrnehmungen der Aufnahmegesellschaften von den »Anderen«.

Will man europäische, ja Menschheitsgeschichte überhaupt verstehen, so vermag dieses Buch einen gewichtigen Beitrag zu leisten, ist doch, so die Herausgeber, die Migration ein Bestandteil menschlichen Seins wie Geburt, Krankheit und Tod.

Als Hilfsmittel empfohlen sei das Werk auch Soldaten, vor allem im Auslandseinsatz in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien. mt



Klaus J. Bade u.a. (Hrsg.), **Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart**, Paderborn u.a. 2007. ISBN 978-3-506-75632-9; 1156 S., 78,00 Euro

- Berlin

50 Jahre Luftwaffe der Bundeswehr 1956 bis 2006

Luftwaffenmuseum der Bundeswehr
Kladower Damm 182
14089 Berlin-Gatow
Telefon: 030 / 36 87 26 01
Telefax: 030 / 36 87 26 10
www.Luftwaffenmuseum.com
LwMuseumBwEingang@Bundeswehr.org
bis 31. Dez. 2008

Dienstag bis Sonntag
9.00 bis 17.00 Uhr
(letzter Einlass 16.30 Uhr)
Eintritt frei

Verkehrsanhbindung:
Eingang zum Museum:
Ritterfelddamm / Am Flugfeld
Gatow.

Deutsche Jüdische Soldaten

Luftwaffenmuseum der Bundeswehr (siehe oben)
16. April bis
28. September 2008
Eintritt frei

1968 – Die unbequeme Zeit. Fotografien von Michael Ruetz

Akademie der Künste
Pariser Platz 4
10117 Berlin
Telefon: 030 / 2 00 57 – 10 00
www.adk.de
info@adk.de

16. April bis 27. Juli 2008

Dienstag bis Sonntag
11.00 bis 20.00 Uhr
Verkehrsanhbindung:
S-Bahn: S 1, S 2, S 25 bis
Station »Unter den Linden«;
Bus: Linien 100, TXL bis
Haltestelle »Unter den Linden«.

DDR-Geschichte zum Anfassen

DDR Museum
Karl-Liebknecht-Str. 1
10178 Berlin
Telefon: 030 / 847 123 73 - 1
www.ddd-museum.de
post@ddd-museum.de
Montag bis Sonntag
10 bis 20 Uhr
Samstag
10.00 bis 22.00 Uhr
kein Ruhetag

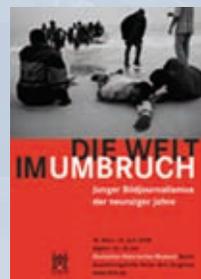
»Um die Freiheit kämpfen« – Willy Brandt 1913–1992

Bundeskanzler-Willy-
Brandt-Stiftung
Rathaus Schöneberg

John-F.-Kennedy-Platz
10825 Berlin
Telefon: 030 / 78 77 07-0
www.bwbs.de

täglich
10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt und Führungen
kostenfrei
Führungen:
Donnerstag, Samstag und
Sonntag
14.00 und 16.00 Uhr
Verkehrsanhbindung:
S-Bahn: Bis Station »Schöne-
berg«; U-Bahn: Bis Station
»Rathaus Schöneberg«; Bus:
Linien M 46 und 104 bis Hal-
testelle »Rathaus Schöneberg«.

Die Welt im Umbruch. Junger Fotojournalismus der neunziger Jahre



Deutsches Historisches
Museum – Pei-Bau
Hinter dem Gießhaus 3
10117 Berlin
Telefon: 0 30 / 20 30 40
www.dhm.de
bresky@dhm.de (Führungen)
14. März bis 15. Juni 2008
täglich 10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt: 4,00 €
(unter 18 Jahren frei)
Verkehrsanhbindung:
S-Bahn: Bis Stationen »Hacke-
scher Markt«, Friedrichstraße;
U-Bahn: Bis Stationen »Fran-
zösische Straße«, »Haus-
vogteiplatz« oder »Friedrich-
straße«; Bus: Linien 100, 157,
200 und 348 bis Haltestelle
»Staatsoper« oder »Lust-
garten«.

- Bonn

Der Barbarenschatz. Geraubt und im Rhein versunken

Rheinisches Landes-
museum Bonn
Colmantstraße 14-18
53115 Bonn
Telefon: 02 28 / 20 70-0
Telefax: 02 28 / 20 70-1 50
rmb@lvr.de

[www.rmb.lvr.de/
ausstellungen](http://www.rmb.lvr.de/ausstellungen)
8. Februar bis 4. Mai 2008



Dienstag und Donnerstag
bis Sonntag
10.00 bis 18.00 Uhr
Mittwoch
10.00 bis 21.00 Uhr
Eintritt: 5,00 €
ermäßigt 2,00 €

- Celle

Nec Aspera Terrent. Hannoversche Militär- geschichte vom Sieben- jährigen Krieg bis zur Schlacht bei Langensalza. Zinnfiguren-Ausstellung in der Ehrenhalle der Hannoverschen Armee

Bomann-Museum Celle
Schloßplatz 7
29221 Celle
Telefon: 0 51 41 / 1 23 72
www.bomann-museum.de
20. April bis
26. Oktober 2008
Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 17.00 Uhr
Eintritt: 3,00 €
ermäßigt ab 1,00 €

- Hamburg

Hamburgs Geschichte zwischen Mythos und Wirklichkeit

hamburgmuseum
Museum für Hamburgische
Geschichte
Holstenwall 24
20355 Hamburg
Telefon: 040 / 42 81 32 23 80
www.hamburgmuseum.de
info@hamburgmuseum.de
13. Februar bis
10. August 2008



Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 17.00 Uhr
Eintritt: 7,50 €; Ermäßigung
für Gruppen, Familien
sowie bei Vorlage eines ent-
sprechenden Ausweises
Freitag: Sonderpreise
freier Eintritt für Kinder
und Jugendliche und 18
Jahren
Verkehrsanhbindung:
U-Bahn Linie U 3 bis Station
»St. Pauli«;
Bus: Linie 112 bis Haltestelle
»hamburgmuseum«.

- Krefeld

Das Geheimnis der Kelten



Museum Burg Linn
Rheinbabenstraße 85
47809 Krefeld
Telefon: 0 21 51 / 57 00 36
burglinn@krefeld.de
www.diekelten.de
20. Januar bis
3. August 2008
Dienstag bis Sonntag
11.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt: 3,00 €
ermäßigt: ab 1,50 €
Verkehrsanhbindung:
Pkw: A 57 bis Abfahrt »Kre-
feld-Oppum/Linn«; Straßen-
bahn: Ab Hbf Linie 044 Rich-
tung« Rheinhafen« bis
Haltestelle »Burg Linn«.

● **Ludwigsburg**

Soldaten, Regimenter und Kasernen (Dauerausstellung) Zwischen Kunst und Kitsch. Erinnerungskultur der Soldaten (Sonderausstellung)

Garnisonmuseum
Ludwigsburg
Asperger Straße 52
71634 Ludwigsburg
Telefon: 0 71 41 / 9 10 24 12
Telefax: 0 71 41 / 9 10 23 42
www.garnisonmuseum-ludwigsburg.de
info@garnisonmuseum-ludwigsburg.de

1. Juli 2007 bis 30. April 2008 (Sonderausstellung)

Mittwoch
15.00 bis 18.00 Uhr
Sonntag
13.00 bis 17.00 Uhr
(und auf Anfrage)
Eintritt frei
Verkehrsanhbindung:
S-Bahn: S 4 und S 5 (von Stuttgart bzw. Bietigheim) bis Station »Ludwigsburg«.

● **Munster**

Vom Ur-Panzer zur gepanzerten Truppe / Niedersachsen im Krieg

Deutsches Panzermuseum
Munster
Hans-Krüger-Str. 33
29633 Munster
Telefon: 05 19 / 2 25 52
panzermuseum@munster.de
www.munster.de (Verlinkung zum Museum)

ab 1. März 2008 (Vom Ur-Panzer zur gepanzerten Truppe)

ab 1. April 2008 (Niedersachsen im Krieg)
Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 18.00 Uhr
(letzter Einlass 17.00 Uhr)
An den Feiertagen auch montags geöffnet
Eintritt: 5,00 €
ermäßigt 2,50 €

Verkehrsanhbindung:
Pkw: Eine Anfahrtsskizze gibt es unter der Internetseite über »Kontakt«, dann »Anfahrt«;
Bahn: Vom Bahnhof »Munster« entweder mit Taxi oder zu Fuß über Bahnstraße, Wagnerstraße und Söhlstraße zur Hans-Krüger-Straße (ca. 15 Minuten Weg).

● **Nordholz**

Echterdingen 1908 – Ein Luftschiffunglück und seine Folgen
AERONAUTICUM.

Deutsches Luftschiff- und Marinefliegermuseum
Peter-Strasser-Platz 3
27637 Nordholz
Telefon:
0 47 41 / 18 19-13 (oder -11)
www.aeronauticum.de

leitung@aeronauticum.de
28. Februar bis 1. Juni 2008

täglich 10.00 bis 18:00 Uhr
Eintritt: 6,50 €
ermäßigt (Kinder) 1,50 €
Ermäßigung für Gruppen ab 10 Personen
Führungen möglich

Manfred von Richthofen
AERONAUTICUM.

Deutsches Luftschiff- und Marinefliegermuseum (siehe oben)

10. April bis 14. September 2008

● **Prora**

Juden im Widerstand. 3 Gruppen zwischen Überlebenskampf und politischer Aktion, Berlin 1933 bis 1945

Dokumentationszentrum Prora
Objektstraße, Gebäude 1
18609 Prora
Telefon: 03 83 93 / 1 39 91
www.proradok.de
presse@proradok.de

6. Oktober 2007 bis 30. April 2008

täglich 10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt: 3,00 €
ermäßigt 2,00 €
(Kinder unter 14 Jahren freier Eintritt)

NVA-Museum
Objektstraße Block 3/
Treppenhaus 2
18609 Prora
Telefon: 03 83 93/ 3 26 96

www.tnseroer.de/kks/cms/nva.html

Eintritt: 6,50 €
ermäßigt: 3,50 €



● **Rastatt**

Deutschlands Adler im Reich des Drachen – Deutschland und China im Zeitalter des Kolonialismus

Schloß Rastatt
Herrenstraße 18
76437 Rastatt
Telefon: 0 72 22 / 3 42 44
www.wgm-rastatt.de
information@wgm-rastatt.de

7. März bis 1. Juni 2008

Dienstag bis Sonntag und an Feiertagen
10.00 bis 17.30 Uhr
Eintritt: 5,00 €
ermäßigt 2,50 €

● **Wien**

Im Keller. Österreich im Zeichen des Luftschutzes

Heeresgeschichtliches Museum
Militärhistorisches Institut
Arsenal, Objekt 1
A-1030 Wien
Telefon: +43 (1) / 7 95 61-0
Fax: +43 (1) / 7 95 61-1 77 07



www.hgm.or.at
bml.hgm@magnet.at
21. November 2007 bis 25. Mai 2008
täglich 9.00 bis 17.00 Uhr
Freitag geschlossen

Eintritt: 5,10 €
ermäßigt 3,30 €
(bis 10 Jahre frei)
Verkehrsanhbindung:
Schnellbahn: Bis Station »Südbahnhof«; Straßenbahn: Linien 18, D, O; Autobus: Linien 13 A, 69 A; U-Bahn: U 1 bis Station »Südbahnhof«, U 3 bis Station »Schlachthausgasse«; Pkw: Eine Anfahrtsskizze findet sich auf der Internetseite des Museums.

● **Wittstock**

Der Dreißigjährige Krieg

Museum des Dreißigjährigen Krieges (Ostprignitzmuseum)
Museen Alte Bischofsburg
Amtshof 1-5
16909 Wittstock/Dosse
Telefon: 0 33 94 / 43 37 25
www.uni-potsdam.de/ul/geschichte/mdk
Dienstag bis Donnerstag
10.00 bis 17.00 Uhr
Freitag 9.00 bis 13.00 Uhr
Samstag
13.00 bis 16.00 Uhr
Sonntag
11.00 bis 16.30 Uhr



26. Juni 1948 Beginn der Berliner Luftbrücke

Die USA, Großbritannien und Frankreich beabsichtigten im Juni 1948, in ihren Sektoren Berlins die neue »D-Mark« einzuführen. Das diente der Sowjetunion als Vorwand, ab dem 24. Juni 1948 alle durch die Sowjetische Besatzungszone nach (West-)Berlin führenden Straßen-, Schienen- und Wasserwege zu blockieren. Dahinter stand u.a. die Befürchtung, dass ein freier westdeutscher Staat errichtet würde. Mit der Blockade der Stadt sollte der Westen in die Knie gezwungen werden. Die Westmächte prüften mehrere Gegenreaktionen: vom Abzug aus Berlin bis hin zur Durchführung bewaffneter Panzervorstöße. Sie entschlossen sich jedoch, in Berlin zu bleiben und ihre Sektoren über die vertraglich zugesicherten Luftkorridore zu versorgen. Flughäfen in West-Berlin und in Westdeutschland wurden hierzu ausgebaut bzw. neu errichtet, die Havel diente als Landefläche für die britischen Wasserflugzeuge.

Insgesamt wurden von Juni 1948 bis zum Ende der Luftbrücke im Mai 1949 über 1,5 Millionen Tonnen Fracht befördert. In erster Linie wurden Kohle, Treib- und Brennstoff sowie Material zum Bau neuer Heizkraftwerke eingeflogen. Lebensmittel machten etwa ein Viertel der Tonnage aus. Die logistische Leistung bestand vor allem darin, die Flüge in den drei Luftkorridoren Nord (Richtung Schleswig), Mitte (Richtung Hannover) und Süd (Richtung Frankfurt) mittels Radar und Funk so zu steuern, dass die Maschinen im Drei-Minuten-Takt landen bzw. starten konnten. Die über 200 000 Flüge waren nur möglich, weil Amerikaner, Briten, Kanadier, Australier, Neuseeländer, Südafrikaner und Franzosen ausreichend Maschinen und Besatzungen stellten. Die Blockade endete am 12. Mai 1949, als die Bundesrepublik Deutschland von östlicher Seite her nicht mehr zu verhindern war. Die Luftbrücke sorgte entscheidend dafür, dass aus westalliierten Siegern und (west-)deutschen Besiegten des Krieges Partner wurden. Sie forderte 78 Menschenleben (in erster Linie Besatzungsmitglieder). Die Luftbrücke 1948/49 nach (West-)Berlin stellte einen ersten »Höhepunkt« des Kalten Krieges dar.

hp

13. Mai 1958 Militärputsch in Algier



▲ General Jacques Massu, die treibende Kraft des Militärputsches, wird von jubelnden Menschen umlagert, Algier, 26. Mai 1958.

Am Tag der Wahl eines neuen französischen Ministerpräsidenten putschen die in Algier stationierten französischen Truppen gegen die eigene Regierung. Konservative Offiziere strebten die Rückkehr von General Charles de Gaulle an die Spitze Frankreichs an. Der General hatte sich 1946 aus der aktiven Politik zurückgezogen. Die sogenannte Algerienkrise war Ausdruck der tiefen Unzufriedenheit des französischen Militärs mit der Regierung in Paris. Durch die Niederlagen in Indochina 1954, im Suezkrieg 1956 und die Aufstände in Algerien hatte sich die militärische und politische Krise Frankreichs zugespitzt. Seit 1954 kämpfte die algerische Befreiungsfront FLN (Front de la Libération Nationale) für die Unabhängigkeit des Landes. Algerien wurde von Frankreich aber nicht als Kolonie, sondern als Bestandteil der Republik, des Mutterlands, betrachtet. Seine Unabhängigkeit war für konservative Politiker und für das französische Militär

schlicht undenkbar. So übernahm in der Nacht zum 13. Mai das Militär unter Führung von General Jacques Massu, Befehlshaber der Luftlandtruppen in Algerien, die Macht in Algier.

Staatspräsident René Coty rief den Notstand aus. General Raoul Salan sollte die Ordnung in Algerien wiederherstellen. Er schlug sich aber auf die Seite der Aufständischen. Das Militär setzte sich durch, Coty berief in der Folge am 29. Mai de Gaulle zum Ministerpräsidenten und gab ihm die geforderten weitreichenden Sondervollmachten für zunächst sechs Monate. Das war das Ende der seit 1946 bestehenden Vierten Republik. Im September nahm das Volk in einem Referendum die von de Gaulle entworfene neue Präsidialverfassung der Fünften Republik an. Im Dezember wurde er zum neuen Präsidenten der Republik gewählt.

Massu erhielt im Juli einen weiteren Generalstern und wurde Oberkommandierender der französischen Truppen in Algerien. Salan wurde von de Gaulle zum Generalinspekteur der französischen Armee ernannt. Später sah de Gaulle die Ausweglosigkeit im Kampf gegen die algerische Unabhängigkeit ein. Zahlreiche Teilnehmer des Putsches von 1958, auch General Salan, schlossen sich hingegen 1961 der OAS (Organisation de l'armée secrète) an. Diese Untergrundbewegung innerhalb der Streitkräfte kämpfte mit terroristischen Mitteln sowohl gegen die Algerier als auch gegen die französische Regierung, um den geplanten Rückzug aus Algerien zu torpedieren. 1962 erkannte Präsident de Gaulle Algeriens Unabhängigkeit an.

ks

➔ Vorschau

Die Erinnerung an das Ende des Ersten Weltkrieges vor 90 Jahren wirft ihre Schatten voraus. Der Erste Weltkrieg gilt als »Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts«. Er beendete gleichzeitig das lange 19. Jahrhundert und läutete das Zeitalter der Weltkriege ein.

Die militärischen Entwicklungen, die zum Desaster des Ersten Weltkrieges maßgeblich beitrugen, hatten im 19. Jahrhundert eingesetzt und waren während des Krieges weitergeführt worden. Die militärischen Faktoren Feuer, Bewegung, Schutz veränderten die Elemente Angriff, Verteidigung, Ermattung und Vernichtung. Damit einher gingen Tendenzen zur Totalisierung des Krieges, und damit verbunden war die Entgrenzung der Gewalt gegenüber der Zivilbevölkerung.

Ein wichtiger, aber wenig beachteter Meilenstein in dieser Geschichte stellen die Balkankriege zu Beginn des 20. Jahrhunderts dar. Michael Schwartz behandelt anhand des Krieges 1912/13 »ethnische Säuberungen« als Folge dieses Krieges.

In Heft 2 wird auch die Strategie-Serie am Beispiel des Ersten Weltkrieges fortgesetzt: Burkhard Köster vergleicht die Kriegführung der 2. Obersten Heeresleitung 1914–1916 (Erich von Falkenhayn) und der 3. Obersten Heeresleitung 1916–1918 (Paul von Hindenburg/Erich Ludendorff) und fragt, ob sie eine »Ermattungs- oder Vernichtungsstrategie« verfolgten.

Im Sommer/Herbst 1918 hatte sich die deutsche Frontlage dramatisch verschlechtert. Die OHL selbst drängte im Oktober die Politiker zum Friedensschluss, denn »jeder weitere Tag Krieg kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben«. Gänzlich anders sah dagegen die Situation in der Jahresmitte 1944 aus. Trotz sich rapide verschlechternder Frontlage wollte die deutsche militärische und politische Führung bis zum »Endsieg« weiterkämpfen. Die Männer des 20. Juli standen vor der doppelten Herausforderung, sowohl ein verbrecherisches Regime als auch den Krieg zu beenden. Über den »langen Weg zum 20. Juli 1944« des Generalmajors Henning von Tresckow berichtet Thomas Reuther.

Klaus Udo Beßer schließlich wird Heft 2 mit seinem Beitrag zum Bauwesen der Nationalen Volksarmee abrunden.

hp



»Kampf dem Atomtod«

Hatte die Bundesregierung seit dem Ausbruch des Koreakrieges 1950 und der Himmeroder Tagung im selben Jahr auf konventionelle Verteidigung gesetzt, herrschte unter den Militärberatern Konrad Adenauers angesichts des Kurswechsels der USA im Frühjahr 1953 hin zur nuklearen Verteidigung Ratlosigkeit. Die tatsächlichen Konsequenzen der neuen Strategie, der »Massive Retaliation« (massive Vergeltung), waren in Deutschland nur vage bekannt. Doch bald führte das NATO-Manöver »Carte Blanche« allen Beobachtern drastisch vor Augen, dass Westdeutschland im Falle eines Krieges mit der UdSSR zum atomaren Schlachtfeld würde: Im Juni 1955 testeten alliierte Luftstreitkräfte die Wirksamkeit der neuen NATO-Strategie. Rund 3000 Luftfahrzeuge aus elf NATO-Staaten flogen über 12000 Einsätze und simulierten 335 Atombombenabwürfe. Eine Auswertung ergab für Westdeutschland eher noch niedrig geschätzte Zivilverluste von rund 1,7 Millionen Toten und 3,5 Millionen Verletzten.

Nun sei klar, erklärte am 28. Juni der damalige Minister für Atomfragen

Franz Josef Strauß im Bundestag, dass ein Angreifer unter atomaren Bedingungen einen Krieg nicht gewinnen könne; die Atombewaffnung sei vorrangig eine politische, keine militärische Waffe. Noch interessierte sich die Öffentlichkeit jedoch wenig für das abstrakte »Einmaleins der nuklearen Abschreckung«

Doch ausgerechnet im Wahljahr 1957 eröffnete Bundeskanzler Adenauer die Wehrdebatte mit der Erklärung, die kleinen Atomwaffen seien nur eine Fortentwicklung der Artillerie. In dem viel beachteten »Göttinger Manifest« vom 12. April 1957 traten 18 Atomphysiker um Carl Friedrich von Weizsäcker und Otto Hahn dem Bundeskanzler entgegen und erklärten, dass selbst taktische Atomwaffen kleinere Städte zerstören könnten. Die Bundesregierung versuchte die Öffentlichkeit zu beruhigen. Über die Nuklearbewaffnung der Bundeswehr werde nicht sofort entschieden. Die Frage sei eng verknüpft mit dem positiven Ergebnis von künftigen Rüstungskontrollgesprächen. Trotzdem verbuchte die CDU im Herbst einen überwältigenden Wahler-

folg. Als am 25. März 1958 der Bundestag jedoch die Ausrüstung der Bundeswehr mit nuklearen Waffenträgern beschloss, formierte sich unter Federführung von SPD und Gewerkschaften eine deutsche Anti-Atombewegung. Unterstützt von namhaften Vertretern aus Wissenschaft und Literatur, konstituierte sich nach englischem Vorbild das deutsche Komitee »Kampf dem Atomtod«. Zentrales Anliegen war die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.

Vertreter der Evangelischen Kirche Deutschlands erklärten im Mai 1958 in einem Aufruf, dass ein Atomkrieg – selbst zur Verteidigung – kein »gerechter Krieg« sein könne, da er die göttliche Schöpfung bedrohe. Im Vorfeld der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen fanden von April bis Anfang Juli 1958 in den größten deutschen Städten rund 100 Kundgebungen statt. Veranstaltungen mit etwa 150000 Teilnehmern, wie in Hamburg Mitte April, erweckten den Eindruck einer breiten Volksbewegung. Andere Demonstrationen selbst in größeren Städten hatten jedoch einen erheblich geringeren Zulauf. Da die SPD die Landtagswahl im bevölkerungsreichsten Bundesland vor allem als Plebiszit gegen die Atombewaffnung der Bundesrepublik nutzte, war der überraschende absolute Wahlsieg der CDU am 6. Juli 1958 für die Bewegung ein verheerender Rückschlag.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht die von drei Landesregierungen geplante Volksabstimmung gegen die atomare Rüstung am 30. Juli 1958 für verfassungswidrig erklärt hatte, verloren SPD und Gewerkschaft schnell das Interesse an der Bewegung. Ein Einschnitt war auch der Berliner Studentenkongress gegen Atomrüstung Anfang Januar 1959, der von der Freien Deutschen Jugend (FDJ) bestimmt wurde. In der Folge geriet der deutsche Anti-Atom-Protest unter kommunistischen Einfluss. Zwar überlebte er noch einige Jahre als Ostermarschbewegung, doch erkennbaren Einfluss auf die Regierungspolitik oder gar auf das Wahlverhalten der Bevölkerung hatte er nicht mehr.

Klaus-Jürgen Bremm



▲ Der Schriftsteller Erich Kästner spricht auf der Anti-Atom-Demonstration in München, 12. Februar 1958.

NEUE PUBLIKATIONEN DES MGFA

*Bernhard R. Kroener, **Kriegerische Gewalt und militärische Präsenz in der Neuzeit.*** Ausgewählte Schriften. Im Auftrag des MGFA hrsg. von Ralf Pröve und Bruno Thoß, Paderborn: Schöningh 2008, 316 S., 44,90 Euro, ISBN 978-3-506-76548-2



Grundkurs deutsche Militärgeschichte. Die Zeit nach 1945: Armeen im Wandel. Mit Beiträgen von Manfred Görtemaker, Reiner Pommerin, Rüdiger Wenzke und Irmgard Zündorf sowie Bernd Lemke, Jörg Hillmann, Helmut R. Hammerich und Bruno Thoß, München: Oldenbourg 2008 (= Grundkurs deutsche Militärgeschichte. Im Auftrag des MGFA hrsg. von Karl-Volker Neugebauer, 3), 474 S., 19,80 Euro, ISBN 978-3-486-58100-3



*Nicolas Wolz, **Das lange Warten.*** Kriegserfahrungen deutscher und britischer Seeoffiziere 1914 bis 1918, Paderborn: Schöningh 2008 (= Zeitalter der Weltkriege, 3), 526 S., 34,90 Euro, ISBN 978-3-506-76471-3



*Thorsten Loch, **Das Gesicht der Bundeswehr.*** Kommunikationsstrategien in der Freiwilligenwerbung der Bundeswehr 1956 bis 1989, München: Oldenbourg 2008 (= Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland, 8), 380 S., 29,80 Euro, ISBN 978-3-486-58396-0



Grundkurs deutsche Militärgeschichte. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart: Menschen, Macht und Militär, Multimediale und interaktive Lernsoftware auf DVD, München: Oldenbourg 2008 (= Grundkurs deutsche Militärgeschichte. Im Auftrag des MGFA hrsg. von Karl-Volker Neugebauer, 4), 19,80 Euro, ISBN 978-3-486-58101-0



Heimatländer. Als Hilfsmittel wärmstens empfohlen sei das Werk daher vor allem jenen Soldaten, die sich im Auslandseinsatz in Ländern des ehemaligen Jugoslawien befinden. *mt*

Achtung:
Streichungen bitte nur in der letzten Spalte ...